

1 Das Atomabkommen mit Iran: Grosse Chance

4 Dossier zur Lage der Menschenrechte in Eritrea

10 Bericht aus einem Flüchtlingscamp im Donbass

12 Langer Marsch durchs kriegsversehrte Polen 1945

17 Jenny Heeb's Erinnerungen an Hansheiri Zürrer

21 Jubiläumsprogramm 70 Jahre Friedensrat

22 Interview mit Bernhard Furchner zu Kuba

28 Der Friedenskalender 2016 zu Kuba

Das Atomabkommen mit Iran enthält grosse Chancen für den Nahen und Mittleren Osten

Entspannung und Konfliktlösung oder noch mehr Krieg

Bis spätestens Anfang Oktober entscheidet der US-Kongress in Washington über das Schicksal des Abkommens zur Begrenzung des iranischen Atomprogramms, das Mitte Juli unter der Verhandlungsleitung der Obama-Administration von den fünf Vetomächten des UNO-Sicherheitsrats und Deutschland mit der Führung in Teheran vereinbart wurde. Wie immer die Entscheidung des US-Kongresses ausfällt, sie wird weitreichende Folgen für die Konflikt dynamiken im Krisenbogen zwischen Marokko und Pakistan haben sowie Auswirkungen auf den weiteren Verlauf des völlig kontraproduktiven «Krieges gegen den Terrorismus» der am 11. September bereits in sein 15. Jahr geht.

/ Andreas Zumach /

Historiker werden den Entscheidungen des US-Kongresses aus dem Herbst 2015 im Rückblick vielleicht einmal ähnlich grosse Bedeutung zumessen wie seinen diversen Ermächtigungsbeschlüssen zur Kriegsführung in den letzten 70 Jahren. Oder wie dem Nein zum Beitritt der USA zum UNO-Vorläufer Völkerbund, mit dem der Senat

im Jahr 1919 den damaligen Präsidenten Woodrow Wilson düpierte. Es ist nicht völlig auszuschliessen, dass Obama spätestens am 9. Oktober eine ähnlich schwere Niederlage erfährt.

Schon jetzt ist sicher, dass die Republikaner das Atomabkommen bei zwei ersten Abstimmungen am 17. September mit ihrer Mehrheit im Senat wie im Abgeordnetenhaus ablehnen werden. Auch einige Demokraten werden mit Nein stimmen. Dann hat Präsident Obama zehn Tage Zeit, um sein bereits angekündigtes Veto gegen diese ablehnenden Beschlüsse einzulegen. Innerhalb von weiteren zwölf Tagen können die beiden Kongresskammern dann versuchen, dieses Veto mit jeweils einer Zweidrittelmehrheit ausser Kraft zu setzen.

Bei Redaktionsschluss dieser **FRIEDENSZEITUNG** Ende August herrschte

in Washington zwar die Einschätzung vor, dass sich in beiden Parlamentskammern nicht genügend Demokraten für eine Zweidrittelmehrheit gegen den eigenen Präsidenten finden werden. Doch derartige Prognosen haben sich in der Vergangenheit nicht selten als falsch erwiesen. Und bis Anfang Oktober haben die diversen Gegner des Abkommens in Washington, Tel Aviv, Riad und Teheran noch viel Zeit und Gelegenheit zur Sabotage. Provozierte militärische Zusammenstösse mit iranischen Streitkräften im Persischen Golf etwa wären dazu geeignet, die Ablehnungsfront im US-Kongress zu vergrössern.

Bei Rüstungskontrollexperten in aller Welt ist das mit Anhängen über 100-seitige Atomabkommen fast einhellig auf Zustimmung und Lob gestossen. «Das Abkommen enthält striktere Bedingungen als jeder andere Vertrag zur Rüstungskontrolle, der jemals zuvor ausgehandelt wurde», schrieben 26 Physik-Nobelpreisträger und frühere Atombombenbauer Anfang August in einem gemeinsamen Brief an Präsident Obama. Die Autoren – darunter Richard Garwin, der massgeblich an der Entwicklung der ersten Wasserstoffbom-

Fortsetzung Seite 2



be beteiligt war, sowie Siegfried Hecker, ein früherer Leiter der US-Atomwaffen-schmiede Los Alamos – gelangen zu der Einschätzung, die mit Teheran erzielte Vereinbarung werde «Frieden und Stabilität im Nahen Osten fördern».

Grosser historischer Durchbruch

Tatsächlich ist das Abkommen über das iranische Atomprogramm nach insgesamt über zwölfjährigen Verhandlungen ein grosser historischer Durchbruch. Die Vereinbarung unterwirft die zivile Nutzung der atomaren Technologie im Iran für die lange Laufzeit von 25 Jahren äusserst weitreichenden Beschränkungen und sehr strikten internationalen Kontrollen. Damit ist sichergestellt, dass Teheran zumindest im nächsten Vierteljahrhundert kein geheimes Programm zur Entwicklung von Atomwaffen betreiben kann. Im Fall einer Vertragsverletzung durch Teheran werden die infolge des Abkommens aufgehobenen UNO-Sanktionen gegen Iran automatisch wieder in Kraft gesetzt, ohne dass

KUNDGEBUNG zum UNO-WELTFRIEDENSTAG
Samstag, 19. September 2015 in St. Gallen

**KRIEGE
VERHINDERN
—
FLÜCHTLINGE
AUFNEHMEN**

14 UHR — BESAMMLUNG im
ST. LEONHARDSPARK Demonstrationsszug zum Grüningerplatz

14:30 UHR — KUNDGEBUNG auf dem
GRÜNINGERPLATZ Reden: Flüchtlingsfrau aus Syrien; Flüchtling aus Eritrea; SAMUEL BRÜLISAUER, Co-Präsident JUZO SG
KATHARINA PRELICZ-HUBER, Präsidentin VPOD, alt Nationalrätin Grüne
Kultureller Beitrag von: DRAGICA RAJČIĆ, Schriftstellerin
Zwischentöne, Musik: CAFÉ DESEADO, Martin Armstutz, Bandoneon
Julia Herkert, Violine; Stefano Tisato, Kontrabass

VERANSTALTER:
Aktion Zunder, CoBi Antirassismus-Treffpunkt St. Gallen, Demokratisch Kurdisches Gesellschaftszentrum St. Gallen, Förderverein Bodensee-Friedensweg, Friedenswoche St. Gallen, GSoA St. Gallen, JUZO St. Gallen/Appenzell, Schweizerischer Friedensrat, Solidaritätsnetz Ostschweiz, Verein Gerechtigkeit und Demokratie für Sri Lanka

WWW.FRIEDEN-OSTSCHWEIZ.CH

**KRIEGE VERHINDERN
FLÜCHTLINGE AUFNEHMEN**

**AUFRUF ZUR KUNDGEBUNG
für Frieden, Gerechtigkeit und**

Die Europäische Union rüstet an ihren Grenzen massiv auf – der Schweiz. Die Folge ist ein humanitäres Desaster. Flüchtlingen ein menschenwürdiges Leben aberkannt. Wie in unseligen Zeiten SVP die Grenzen der Schweiz mit Hilfe der Armee wieder dicht. Firmen mit Sitz in unserem Land verletzen weltweit die Rechte. Höchste Zeit, die Weltgemeinschaft neu zu denken, sich zu solidarisieren und den Brandstiftern von rechts entgegenzutreten.

**WIR FORDERN von den
SCHWEIZERISCHEN BEHÖRDEN**

- die Aufnahme von 100'000 Flüchtlingen aus Krisenländern
- zusätzliche Hilfe der Schweiz in Flüchtlingslagern
- keine Ausschaffung von Asylsuchenden
- Keine Waffenexporte in Krisengebiete und an Terroristen
- Menschenrechte mit Füssen treten und/oder Kettensperren
- Einsatz für die Entmilitarisierung der europäischen Militärs
- Vorstösse in der UNO zur Durchsetzung der Massenentwaffnung
- Abrüstung der Atomwaffen und für ein Verbot der Atomkraft

WIR UNTERSTÜTZEN:

- die Freiplatzaktion der Schweizerischen Flüchtlingshilfe
- die Konzernverantwortungs-Initiative zum Schutz der Umwelt
- Förderung von Demokratie und Frieden z.B. in der Türkei und in Syrien

**MITEINLADENDE und
UNTERSTÜTZENDE ORGANISATIONEN**

Amnesty International St. Gallen/Rorschach/Sargans-Werdenberg, Bischof St. Gallen-Appenzell, clare-Weltladen St. Gallen und Rorschach, Erwachsener der evang.-ref. Kirche St. Gallen, IFOR Schweiz, Kirche des Kantons SG, Gewerkschaftsbund St. Gallen, Grüne TG, IFOR Schweiz, Erwachsener der evang.-ref. Kirche SG, Ökumenische Gemeinde Halden, Politische Frauengruppe St. Gallen, Sozialdemokratische Partei und Frauengruppe St. Gallen, Theologische Bewegung für Solidarität und Befreiung, V

WWW.FRIEDEN-OSTSCHWEIZ.CH

FRIEDENSZEITUNG

Herausgegeben vom Schweizerischen Friedensrat SFR, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich, Telefon +41 (0)44 242 93 21, info@friedensrat.ch, www.friedensrat.ch PC-Konto 80-35870-1 SFR Zürich

Redaktion/Layout: Peter Weishaupt. Mitarbeit: Andreas Zumach, Ruedi Tobler, Beat Luder, Iwona J. Fluda, Maša Soršak, Samuel Steiner, Jenny Heeb, Francine Perret, Liliane Studer, Bernhard Furchner.

Bilder: Titelseite: Kichka; Seiten 5, 7 und 9: UNOSAT; Seite 11: Maša Soršak; Seite 13: Privatarchiv Lüthold; Seite 16: Kichka; Seite 17: Jenny Heeb; Seite 19: Grünwerk; Seite 20: Iwona J. Fluda; Seite 23: Kichka; Seite 24: Francine Perret.

Druck: gdz AG, Zürich
Auflage: 2000 Ex., September 2015

Die FRIEDENSZEITUNG erscheint vierteljährlich jeweils im März, Juni, September und Dezember. Sie geht an die Mitglieder des SFR, der Abopreis ist im Mitgliederbeitrag inbegriffen. Einzelabo: Fr. 50.–. ISSN 1664-4492



eines der fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates dies durch sein Veto verhindern könnte.

In Ignoranz all dieser Fakten verbreiten die Gegner des Abkommens im US-Kongress sowie der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu zahlreiche Falschbehauptungen über seinen Inhalt und erheben den absurden Vorwurf, das Abkommen werde «Iran den Weg zur Atombombe ebnen». Mit ähnlich dümmlicher und verlogener Propaganda agitiert in einigen europäischen Ländern eine Initiative unter dem Namen «Stop the bomb» gegen die Vereinbarung mit Teheran. All diese Kritiker des Atomabkommens haben ein gemeinsames Problem: Sie können keine bessere Alternative anbieten. Ihre Alternative heisst «Krieg gegen Iran», wie Präsident Obama zu Recht festgestellt hat.

Chancen für iranische Innenpolitik

Die schrittweise Aufhebung der Sanktionen gegen Teheran befreit Iran aus seiner internationalen Isolation. Und nur wenn es infolge dieses Abkommens und seiner Umsetzung auch zu einer Entspannung zwischen der Führung in Teheran und ihrem bisherigen aussenpolitischen Hauptfeind USA kommt, entstehen innenpolitische Handlungsspielräume für die demokratische Op-

position im Iran, Chancen für politische Reformen und für eine Verbesserung der katastrophalen Menschenrechtslage. Bislang diente der äussere Feind der iranischen Führung immer auch zur Rechtfertigung und Verstärkung der Unterdrückung im Inneren.

Der Durchbruch bei den Verhandlungen um das iranische Atomprogramm wurde möglich, weil sich in den politischen Eliten der beiden Hauptkontrahenten USA und Iran endlich diejenigen Kräfte durchgesetzt haben, die die seit der Islamischen Revolution von 1979 herrschende tiefe Feindschaft zwischen beiden Ländern überwinden



Andreas Zumach ist UNO-Korrespondent verschiedener Zeitungen in Genf und regelmässiger FRIEDENSZEITUNGS-Autor

ERN
EHMEN
NG
Solidarität
auch mit Unterstützung aus
antlingen wird das Recht auf
en des 2. Weltkrieges will die
cht machen. Internationale
nte von Menschen und Natur.
über Grenzen hinweg zu
Paroli zu bieten.

RDEN:
riegsgebieten
ern vor Ort

Staaten, die
riege unterstützen
chen Aussengrenzen
enschenrechte, zur
von Uranmunition

lingshilfe
utz von Mensch

Sri Lanka,

NEN:
Weinfelden, Caritas Regionalstelle
chsenbildung der Evang.-ref.
iz, Junge Grüne SG, Netzwerk junger
, Ökumenische Kommission GFS,
uppe Arbon, SP Stadt und Kanton SG,
POD Ostschweiz

WEIZ.GH

wollen. Weil sie wissen, dass die Normalisierung der Beziehungen zwischen der Noch-Weltmacht und der in vielerlei Hinsicht wichtigsten Regionalmacht im konflikt- und ressourcenreichen Dreieck Naher Osten, Kaukasus, Zentralasien im wohlverstandenen Eigeninteresse beider Seiten ist.

Spielraum für Syrien-Verhandlungen?

Das Atomabkommen öffnet zumindest die Tür für eine Kooperation zwischen Washington und Teheran bei der Deeskalation und Beilegung der zahlreichen Konflikte im Nahen und Mittleren Osten. Mit Blick auf den Syrienkonflikt hat Washington die jahrelang verfolgte Isolationsstrategie gegenüber Teheran bereits korrigiert. Schon seit Mitte Juli gibt es verstärkte diplomatische Bemühungen unter Einbeziehung Teherans, die hoffentlich in naher Zukunft unter zu einem diesmal erfolgreicherem Verhandlungsprozess («Genf 3») zwischen der syrischen Regierung und diversen Oppositionskräften führen werden als die völlig gescheiterten «Genf 2»-Verhandlungen Anfang 2014.

Eine Entspannung zwischen dem Westen und dem grössten schiitischen Staat kann auch zur Deeskalation der durch den anglo-amerikanischen Irakkrieg von 2003 angeheizten Spannungen zwischen Schiiten und Sunniten führen, die wiederum zum Entstehen und zur Stärkung des «Islamischen Staates» und anderer sunnitischer Terrororganisationen geführt haben.

Auch im Interesse Israels

Eine erfolgreiche Umsetzung des Atomabkommens sowie verbesserte Beziehungen zwischen den USA und Iran lägen auch im wohlverstandenen Interesse Israels. Doch Premierminister Netanjahu braucht den äusseren Feind Iran und die von diesem angeblich ausgehende atomare Bedrohung Israels für den eigenen Machterhalt. Auch war dieser Feind in den letzten Jahren für Netanjahu sehr nützlich, um vom Palästina-Problem abzulenken und Präsident Obama von seinen beim Amtsantritt Anfang 2009 angekündigten Bemühun-

gen um eine «gerechte Zweistaatenlösung» abzubringen. Schliesslich würde eine erfolgreiche Umsetzung des Atomabkommens mit Iran den internationalen Druck auf die Atomwaffenmacht Israel erhöhen, sich endlich an bislang immer verweigernden Gesprächen über eine atomwaffenfreie Zone im Nahen und Mittleren Osten zu beteiligen.

Die saudische Königshausdiktatur in Riad ist gegen das Abkommen, weil sie für den Fall einer Normalisierung zwischen den USA und Iran um ihre privilegierten Beziehungen zu Washington fürchtet. Und auch religiöse Hardliner im Iran sowie Profiteure der seit 2006 gegen das Land verhängten Wirtschaftssanktionen versuchen, das Abkommen noch zu torpedieren. Sollten die vereinten Gegner des Atomdeals Erfolg haben, droht der Region des Nahen/Mittleren Ostens noch mehr Destabilisierung und Krieg.



70 Jahre UNO – eine Bilanz

Sozusagen als Geburtstagsgeschenk liefert Andreas Zumach in seinem neuen Buch eine kritische Bilanz der Weltorganisation wie eine beherzte Verteidigung der Institution. Wer sowohl nach einem gut fasslichen Kompendium über die UNO wie über eine durchdringende Beschäftigung mit deren wechselvollem Wirken und ihren künftigen Aussichten sucht, voilà, zugreifen!

Andreas Zumach: **Globales Chaos – machtlose UNO**. Ist die Weltorganisation überflüssig geworden? Klappenbroschur, Rotpunktverlag, Zürich 2015, 264 Seiten, Fr. 24.–

Editorial

Atomare Abrüstung ist aktueller denn je

Zum siebzigsten Mal jährt sich dieses Jahr die Zerstörung von Hiroshima und Nagasaki durch den Abwurf von Atombomben durch die USA. Kurz danach ging der Zweite Weltkrieg mit der Kapitulation des japanischen Kaiserreichs auch in Asien zu Ende – nachdem bereits im Mai Nazideutschland bedingungslos kapituliert hatte.

Als Antwort auf das Grauen des totalen Kriegs und den Horror des Naziregimes haben die Alliierten ebenfalls vor siebzig Jahren die Vereinten Nationen gegründet. Mit kollektiver Sicherheit und umfassenden Menschenrechten haben sie ein Gegenmodell zu Militarismus und Nationalismus in die Welt gesetzt.

Allerdings liess die Verwirklichung viel zu wünschen übrig. Statt den Atomwaffeneinsatz in Hiroshima und Nagasaki gemeinsam aufzuarbeiten – politisch, rechtlich und militärisch –, strebten die Sowjetunion, Grossbritannien, Frankreich und China danach, möglichst schnell selber zu Atomwaffenmächten zu werden und sich später auch mit Wasserstoffbomben auszurüsten. Weitere Staaten sind ihrem Beispiel gefolgt. Dies hat zur gigantischsten Aufrüstungswelle in der Geschichte der Menschheit geführt.

Aber immerhin hat die UNO als funktionierendes Austausch- und Zusammenarbeitsforum wesentlich dazu beigetragen, dass der sogenannte Kalte Krieg nicht zu einem atomaren Inferno eskaliert ist. Aber selbstverständlich ist uns das nicht genug. Das 70-Jahr-Jubiläum sollte für die Mitglieder der UNO und insbesondere für die Vetomächte im Sicherheitsrat Anlass sein, sich auf ihre in der UNO-Charta formulierten gemeinsamen Ziele zurückzubesinnen und endlich ernsthaft die atomare Abrüstung anzugehen.

Es ist zu hoffen, dass das kürzlich abgeschlossene Abkommen mit Iran nicht nur dieses Land von einer Atomwaffenbewaffnung abhält, sondern den Auftakt zur atomaren Abrüstung bei allen Atommächten bildet. Der Hiroshima-Gedenktag vom 6. August ist der gegebene Anlass, die Umsetzung dieser alten Pendeuz einzufordern.

Bewusstes Verwirrspiel um Eritrea

Termingerecht auf die Eidgenössischen Wahlen hin haben die Rechtspopulisten erneut das Thema Eritrea «hochgekocht». Und anstatt dass die bürgerlichen Parteien sie zurechtgewiesen hätten, versuchen sie wenigstens einige Reste des Übergekochten auf ihre Wahlkampfmaschine umzuleiten. Mit unserem Dossier versuchen wir, der vorherrschenden Polemik sachliche Informationen entgegenzuhalten.

Mit Eritrea macht die SVP schon lange Politik. Im letzten Jahrzehnt polemisierte sie gegen die «Massenasylgesuche aus Eritrea» – und die «enorm hohe Anerkennungsquote» – und erreichte damit, dass mit der Asylgesetzrevision von 2013 Kriegsdienstverweigerung und Desertion ausdrücklich kein Asylgrund mehr sind. Wie wir in der **FRIEDENSZEITUNG** 3/12 ausführlich darstellten, gelang es ihr damals, im Parlament und danach in der Referendumsabstimmung eine Mehrheit dafür zu finden, dem völkerrechtlich anerkannten Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung die Geltung zu verweigern.

Für die SVP ist das nichts Besonderes, sie anerkennt grundsätzlich die Menschenrechte nicht, was sie mit ihrer Initiative gegen die Europäische Menschenrechtskonvention nicht nur unter Beweis stellt, sondern auch in der Verfassung verankern will. Schon damals ist es ihr gelungen, die bürgerlichen Parteien für die Leugnung der Menschenrechte zu gewinnen. Und es macht den Anschein, dass es ihr auch jetzt wieder gelingen könnte, FDP und CVP für die weitere Unterminierung des Asylrechts zu gewinnen.

Dem wollen wir nicht untätig zusehen. Wir präsentieren deshalb in dieser **FRIEDENSZEITUNG** ein Dossier zu Eritrea, das sich auf das vielfältige Menschenrechtssystem der UNO konzentriert. Dort haben sich in den letzten Monaten verschiedene Organe mit Eritrea befasst. Methodisch sind sie unterschiedlich vorgegangen, aber das Fazit lautet immer: Die Menschenrechtslage hat sich in der letzten Zeit massiv verschlechtert. Wir hoffen, dass wir mit fundierter Information einen Beitrag dazu leisten können, dass nicht nur die populistischen Stimmen von rechts und links aussen gehört werden, die sich in der Verharmlosung des Militärregimes in Eritrea einig sind.

Dossier Eritrea

Die Lage der Menschenrechte

Ein **FRIEDENSZEITUNG**s-Dossier zur Lage in Eritrea mit Schwerpunkt Militärverweigerung und Menschenrechte.

/ Iwona J. Fluda und Ruedi Tobler /

Das Land und seine Entstehung

Selbstverständlich gibt es eine Geschichte Afrikas vor der Kolonialzeit und damit auch eine Geschichte Eritreas. Dazu verweisen wir auf die Geschichtsbücher. Die italienische Kolonie Eritrea wurde 1941 von britischen Truppen befreit bzw. erobert und unter britische Militärverwaltung gestellt. 1947 wurde es britisches Mandatsgebiet, nach einer entsprechenden Resolution der UNO-Generalversammlung vom 2. Dezember 1950 jedoch 1952 Äthiopien als autonome Provinz angegliedert.

1962 wurde die Autonomie von Äthiopien abgeschafft, was zum jahrzehntelangen Befreiungskrieg führte. Gemeinsam mit den äthiopischen Befreiungsbewegungen EPRDF und TPLF gelang es 1991 der Eritreischen Volksbefreiungsfront EPFL die äthiopische Regierung zu stürzen. Nach einem von der UNO überwachten Referendum, das mit überwältigendem Mehr angenommen wurde, erlangte Eritrea 1993 seine Unabhängigkeit.

Eines der ärmsten Länder der Welt

Durch seine Lage am Roten Meer machte Eritrea Äthiopien wieder zum Binnenland. Die weiteren Nachbarländer sind Sudan und Djibouti. In der Aufbruchzeit nach der Befreiung wurde eine Verfassung ausgearbeitet, die Demokratie und Rechtsstaat versprach. Sie ist bis heute nicht in Kraft gesetzt worden, Wahlen haben nie stattgefunden, und das Regime wurde immer diktatorischer und willkürlicher. Auch in diesem Land haben es die Befreiungskämpfer nicht geschafft, sich vom militärischen Gewaltdenken zu emanzipieren.

Heute ist Eritrea eines der isoliertesten Länder der Welt mit präsidialem Einparteiensystem. Zweifellos gehört es zu den ärmsten Ländern der Welt. Im Human Development Index des UNDP (Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen) rangiert es auf Platz 182 von 187 erfassten Ländern. Seit der Un-

abhängigkeit hat sich die Bevölkerung mehr als verdoppelt (heute deutlich über 6,5 Millionen), und ein Rückgang der Geburtenrate ist nicht in Sicht.

Ungelöste Grenzstreitigkeiten

Trotz der Zusammenarbeit im Befreiungskrieg kam es nach der Unabhängigkeit Eritreas zu Auseinandersetzungen mit Äthiopien um den Grenzverlauf, die 1998 in einem Krieg eskalierten. Durch Vermittlung der OAU (Organisation für die Einheit Afrikas) wurde 2000 mit dem Abkommen von Algier ein Waffenstillstand vereinbart, der von UNO-Friedenstruppen, der UNMEE, überwacht wurde. Im Abkommen wurde vereinbart, eine Kommission zur Bereinigung der Grenzstreitigkeiten einzusetzen, die in Den Haag beim Internationalen Gerichtshof tagen sollte.

Die «Eritrea – Ethiopia Boundary Commission» EEBC bestand aus je zwei Vertretern beider Staaten unter dem Vorsitz des britischen Völkerrechtlers Sir Elihu Lauterpacht. Im April 2002 fällte die Kommission ihren Entscheid. Fast anderthalb Jahre später lehnte jedoch Äthiopien den Entscheid ab, weil das Gebiet um Badme Eritrea zugesprochen worden war.

UNO-Friedensmission wird sabotiert

Das hat zwar nicht zu einem weiteren Krieg geführt, aber zu einem «unruhigen» Frieden, mit Problemen für die UNMEE. 2004 musste sie reduziert werden. Eritrea begann 2005, ihre Bewegungsfreiheit einzuschränken. Im November 2005 sandte der Sicherheitsrat den japanischen Botschafter Kenzo Oshima in die Region. Gestützt darauf erliess der Sicherheitsrat eine Resolution, in der er Eritrea aufforderte, seine Beschränkungen gegenüber der UNMEE aufzuheben, und beide Länder hiess, ihre Truppen umzustationieren.

Im Dezember 2005 wies Eritrea die europäischen und nordamerikanischen Angehörigen der Friedensmission aus. Im Oktober 2006 drang Eritrea mit 1500 Soldaten und 14 Panzern in die entmilitarisierte Zone ein und besetzte einen der Checkpoints der UNMEE. Im November gab die EEBC bekannt, wegen schwerer Behinderung ihrer Arbeit

e in Eritrea

gebe sie es auf, die Grenze im Gelände zu markieren, und beschränke sich auf entsprechende Karten. Sie räumte den beiden Ländern ein Jahr ein, um eine Einigung in der Grenzfrage zu erzielen.

Einstellung der UNO-Friedensmission

Nach Einsprüchen von Äthiopien wurde im September 2007 die EEBC nach Den Haag verlegt. Danach kam es zu gegenseitigen Vorwürfen, den Waffenstillstand zu brechen und die Umsetzung der Entscheidung der EEBC zu behindern. Im November 2007 löste sich die EEBC auf, der Grenzverlauf sei nun vollständig erstellt. Im Dezember 2007 stoppte Eritrea die Benzinlieferungen an die UNMEE. Alle Bemühungen des Sicherheitsrats und des UNO-Generalsekretärs, dies zu ändern, scheiterten, und nach und nach wurden alle Friedenstruppen auf äthiopischem Gebiet stationiert.

Im Juni 2008 vertrat Eritreas Präsident in einem Brief an den Sicherheitsrat, das Wichtigste für sein Land sei, dass Äthiopiens Truppen von seinem Territorium zurückgezogen würden, die UNO könne keine Rechtsbefugnis haben, eine Besetzung zu legitimieren. Ende Juli 2008 beschloss der Sicherheitsrat, das Mandat der UNMEE sofort zu beenden. – Übrigens: Von Oktober 2000 bis Oktober 2007 waren maximal vier Schweizer Militärbeobachter an der UNMEE beteiligt.

Eritrea und die Menschenrechtskonventionen

Unmittelbar nach der 1993 erlangten Unabhängigkeit trat Eritrea der UNO bei und verpflichtete sich damit auf die in ihrer Charta verankerten Menschenrechte. 1994 trat es der Kinderrechts- und 1995 der Frauenrechtskonvention bei (alle diese Schritte tat Eritrea im Übrigen vor der Schweiz!). 2001 folgten die Beitritte zum Sozialrechtspakt und zur Antirassismuskonvention, 2002 zum Zivilrechtspakt, 2005 zu beiden Fakultativprotokollen zur Kinderrechtskonvention (Kindersoldaten und Kinderprostitution). Schliesslich folgte vor einem Jahr der Beitritt zur Anti-Folterkonvention, unter ausdrücklichem Ausschluss des Besuchsrechts des zuständigen Ausschusses. Eine unabhängige nationale

Menschenrechtsinstitution hat Eritrea bis heute nicht.

Das Charakteristische an diesen Konventionen ist ihr Berichterstattungsverfahren. Mit dem Beitritt verpflichten sich die Vertragsstaaten, periodisch über die Umsetzung der Konvention zu berichten. Dazu wird von einer Versammlung der Vertragsstaaten ein Expertenausschuss gewählt, welcher die Berichte mit einer Staatendelegation diskutiert und danach seine Empfehlungen abgibt. Eritrea fühlt sich daran nicht sehr gebunden. Weder zur Antirassismuskonvention noch zu den beiden Menschenrechtspakten hat es bisher einen Bericht abgeliefert, obwohl diese 2002 bzw. 2003 fällig gewesen wären. Bei der Anti-Folterkonvention wird der erste Bericht gegen Ende 2015 fällig. Hingegen hat Eritrea zur Kinder- und zur Frauenrechtskonvention Umsetzungsberichte abgeliefert.

Kinderrechtskonvention

Der erste Bericht zur Kinderrechtskonvention wurde 2003 behandelt, der zweite 2008 und der dritte im Mai 2015. Wohl nicht zuletzt auf Empfehlung des Ausschusses ist Eritrea 2005 den beiden Fakultativprotokollen zu Kindersoldaten und zur Kinderprostitution beigetreten. Umsetzungsberichte wären 2007 fällig gewesen, hat Eritrea aber bisher nicht abgeliefert. Bei den Empfehlungen fällt auf, dass sie zunehmend kritischer werden. Im Abschnitt «Umstände und Schwierigkeiten, welche die Umsetzung der Konvention erschweren» war 2003 (und noch 2008 ähnlich) zu lesen:

Der Ausschuss anerkenne, dass die Nachwirkungen der vergangenen kriegsrischen Auseinandersetzungen ebenso wie die aktuelle Dürre, Armut und Strukturanpassungsprogramme Schwierigkeiten für die Umsetzung der Konvention darstellten. 2015 war dagegen zu lesen: Der Ausschuss halte dafür, dass der verlängerte obligatorische Nationaldienst, die ineffektive Umsetzung der Verfassung von 1997 und die Suspendierung der Nationalversammlung zu einem Abbau der Rechtsstaatlichkeit und zu einer schwierigen Menschen-



Oben und auf den folgenden Seiten: Satellitenbilder der UNOSAT von geheimen Haftzentren und Militärcamps in Eritrea, die im Auftrag der OHCHR für den Bericht ihrer Untersuchungskommission zu Menschenrechten in Eritrea aufgenommen worden sind, um Standort und Betriebsstatus der angeblichen Gefängnisse des Landes zu dokumentieren. Sie sind im umfangreichen Kommissionsbericht ausführlich dokumentiert (siehe Seite 9)

rechts- und humanitären Lage geführt hätten, einschliesslich den Exodus von Flüchtlingen, was eine Herausforderung für die Umsetzung der Konvention darstelle. Der Ausschuss erinnere den Vertragsstaat an das Weiterbestehen der internationalen Menschenrechtsverpflichtungen und dass legitime nationale Sicherheitsanliegen in Einklang gebracht werden müssten mit den von der Konvention garantierten Rechten, die jederzeit für alle Kinder gelten würden.

Frauenrechtskonvention

Eine parallele Entwicklung ist beim Frauenrechtsausschuss festzustellen. Die Empfehlungen von 2006 legten grosses Gewicht auf die Frage des dualistischen Rechtssystems, d.h., dass die Konventionsrechte erst dann gerichtlich eingefordert werden können, wenn sie in nationales Recht übergeführt worden sind. Dass im Konfliktfall zwischen innerstaatlichem Recht und den Bestimmungen der

Fortsetzung Seite 6

Konvention Ersteres vorgehe, bedeutet nach Auffassung des Ausschusses, dass der Vertragsstaat seinen Verpflichtungen nicht nachkommt. Besorgnis äusserte der Ausschuss auch darüber, dass die Beteiligung am Nationaldienst zwar eine Anspruchsberechtigung für den Kauf von Land und Zugang zu anderen wirtschaftlichen Ressourcen schaffe, Frauen wegen Heirat aber vom Nationaldienst dispensiert würden, damit aber zugleich die Berechtigung zum Landkauf und den Zugang zu anderen wirtschaftlichen Ressourcen verlieren würden.

Der Vertragsstaat solle untersuchen, in welchem Ausmass Frauen aus diesem Grund ihrer Ansprüche verlustig gingen, die Gemeinschaften über die diskriminierende Seite früher Heirat aufklären und Lösungen für jene Frauen finden, die ihren Anspruch auf Landkauf bereits verloren hatten. Der Ausschuss forderte Eritrea auch auf, Gesetze gegen häusliche Gewalt, eingeschlossen Vergewaltigung in der Ehe und alle Formen sexuellen Missbrauchs

zu erlassen. Der Ausschuss begrüsst die Bewusstseinsbildung in Bezug auf Frauenbeschneidung, forderte aber die rasche Inkraftsetzung des Gesetzes gegen solche Praktiken.

Frauen- und Kinderrechte in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert

In den Empfehlungen vom März 2015 zur Umsetzung der Frauenrechtskonvention sind einleitend praktisch die gleichen Besorgnisse zu finden wie bei jenen zu den Kinderrechten. Der unbefristete Nationaldienst, die ineffektive Umsetzung der Verfassung und die Suspendierung der Nationalversammlung hätten zu einem Verfall der Rechtsstaatlichkeit und zu einer schweren Flüchtlingskrise geführt, welche die Umsetzung der Konvention in Frage stellen.

Es müsse sichergestellt werden, dass die Bedingungen im Nationaldienst den Vorschriften der ILO-Konvention 105 zur Abschaffung der Zwangsarbeit genügen würden. Frauen- und Mädchenhandel, Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Beschneidung sind wieder Thema. Besorgnis äussert der Aus-

schuss auch zur Behandlung der Frauen in Haftanstalten, einschliesslich geheimer Gefängnisse. Die Entwicklung der Empfehlungen zur Frauen- und Kinderrechtskonvention lässt nur einen Schluss zu: Die Menschenrechtslage in Eritrea hat sich in den letzten Jahren dramatisch verschlechtert.

Universal Periodic Review

Die Menschenrechtskonventionen sind ein Instrument unter verschiedenen, mit dem im Rahmen der UNO die Menschenrechtslage in einem Land begutachtet werden kann. Hier ist der Beitritt zur einzelnen Konvention Voraussetzung dafür, dass zu ihrer Umsetzung überhaupt eine Überprüfung stattfindet. Anders ist es bei der «Universal Periodic Review» (UPR), der sich alle UNO-Mitgliedsstaaten zu unterziehen haben. Sie wurde 2006 eingeführt, als die UNO-Generalversammlung die diskreditierte Menschenrechtskommission durch den Menschenrechtsrat mit 47 Mitgliedern ersetzte, die von der Generalversammlung gewählt werden. Eritrea hat bisher nicht für einen der 13 afrikanischen Sitze kandidiert.

Das UPR-Verfahren ist ein politisches, die Staaten überprüfen sich gegenseitig. Pro Land wird jeweils eine «Troika» bestimmt, die für das Verfahren verantwortlich ist. Grundlage für das Verfahren ist ein Bericht, den das zu überprüfende Land zu erstellen hat, eine Zusammenstellung des Menschenrechtszentrums mit den Informationen, die von allen möglichen Zweigen und Agenturen des UNO-Systems stammen, und Informationen von weiteren Interessengruppen wie nationalen Menschenrechtsinstitutionen und NGO. Gestützt darauf kann jedes UNO-Mitglied Empfehlungen an das Land in Prüfung richten, die von der «Troika» gebündelt werden. Das geprüfte Land kann zu den Empfehlungen Stellung nehmen, sie sofort akzeptieren oder ablehnen oder zur vertieften Prüfung entgegennehmen.

Regierung leugnet jegliche Probleme

Eritrea wurde im November 2009 der ersten Überprüfung unterzogen. Es hielt ausdrücklich an der Todesstrafe fest, bestand darauf, dass es keine Kinderarbeit gebe und keine Rekrutierung von Minderjährigen; keine Person werde gefoltert oder grausam behandelt durch Militär oder Polizei. Der Nationaldienst sei heilige Pflicht, es gebe keine geheimen Gefängnisse, die Menschenrechte wür-

EASO: Karte der Gefängnisse in Eritrea



In die Polizeigefängnisse und Militäreinrichtungen in Eritrea wurden und werden Hunderte, wenn nicht Tausende von Regierungskritikern oder vermeintliche Gegner der Regierung, Journalisten, Pastoren der verbotenen Kirchen, Kriegsdienstverweigerer und andere Menschen gesteckt und auf unbestimmte Zeit in Isolationshaft gehalten, ohne jeden Kontakt

mit der Aussenwelt. In zahlreichen dieser Fälle bedeutet die Haft das völlige Verschwindenlassen der Personen – die Behörden weigern sich, Festnahmen zu bestätigen oder verschweigen den Verbleib und das Schicksal der verschwundenen Personen. In einer Reihe von Fällen leugnet die Regierung Berichte über Todesfälle solcher Verschwundener in Haft.

den vollumfänglich respektiert, es gebe keine Gefangenen wegen ihres Glaubens, die Gesuche von Sonderberichterstatterin würden von Fall zu Fall geprüft. Einen Umsetzungsbericht hat Eritrea nicht abgeliefert.

Im Februar 2014 erfolgte die zweite Überprüfung Eritreas im UPR-Verfahren. Es bestand wiederum darauf, dass es keine Rekrutierung von Minderjährigen gebe, keine Gewissensgefangenen und weder Folter noch unmenschliche Behandlung oder willkürliche Hinrichtungen, die physische Integrität der Gefangenen sei garantiert und Häftlinge würden menschlich behandelt, sichere Rückkehr ohne Verfolgung sei garantiert; alle Empfehlungen zum Nationaldienst wies Eritrea zurück.

Sonderberichterstatterin zu Eritrea

Auf Antrag von Djibouti, Nigeria und Somalia beschloss der Menschenrechtsrat am 6. Juli 2012 die Einsetzung einer Sonderberichterstatterin zu Eritrea für ein Jahr. Obwohl es gegenüber Länderberichterstatterinnen große Vorbehalte gibt, insbesondere von China, erfolgte der Beschluss zu Eritrea im Konsens, ohne Abstimmung. China und Russland waren damals Mitglied, keines der 33 Drittweiländer hat eine formelle Abstimmung verlangt.

Zur Sonderberichterstatterin wurde Sheila B. Keetharuth aus Mauritius gewählt, eine erfahrene Menschenrechtsverteidigerin. Sie hatte zuvor schon im Afrika-Büro von Amnesty International gearbeitet und dieses interimistisch geleitet und war Direktorin des «Institute for Human Rights and Development in Africa» (IHRDA), einer pan-afrikanischen NGO. Die Verlängerung ihres Mandates um jeweils ein Jahr beschloss der Menschenrechtsrat am 14. Juni 2013 und am 27. Juni 2014, ebenfalls einstimmig ohne Abstimmung.

Verweigerung jeder Zusammenarbeit

Eritrea hat von Anfang an die Zusammenarbeit mit der Sonderberichterstatterin verweigert, wie es zuvor schon allen Sonderberichterstatterinnen den Besuch des Landes verweigert hat, jenem zum Schutz der Meinungsfreiheit (2003 und 2005); jenem zum Recht auf Nahrung, Jean Ziegler (2003), jenem zur Religionsfreiheit (2004); jenem zu Folter (2005, 2007 und 2010) und jenem über willkürliche Hinrichtungen (2010). Diese konstante Verweigerungshaltung war mit ein Grund für die Einsetzung der Sonder-



berichterstatterin zu Eritrea. Auch ihre bisher drei Gesuche wurden abgelehnt.

In ihrem ersten Bericht von Mai 2013 gab die Sonderberichterstatterin einen Überblick über das ganze Spektrum der schlimmsten Menschenrechtsprobleme. Im zweiten Bericht von Mai 2014 legte sie den Fokus auf zwei Hauptprobleme: den unbefristeten Nationaldienst und willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen sowie die unmenschlichen Haftbedingungen. Im dritten Bericht von Juni 2015 berichtet sie über das bisher Erreichte und legt den Schwerpunkt auf Zwangsräumungen und Zerstörungen von Häusern in verschiedenen Teilen Eritreas.

Untersuchungskommission zu Eritrea

2014 – nach dem UPR-Verfahren – wurde zusätzlich eine Untersuchungskommission (COI) eingesetzt, der Eritrea ebenfalls jegliche Zusammenarbeit verweigert. Zum Leiter wurde Professor Mike Smith aus Australien ernannt, der zuvor bei der UNO in New York als Direktor des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus und als australischer Botschafter gearbeitet hatte. Die beiden weiteren Mitglieder sind die Sonderberichterstatterin Sheila B. Keetharuth sowie Rechtsprofessor Victor Dankwa aus Ghana. Er war Mitglied und Präsident der Afrikanischen Kommission für die Rechte der Menschen und der Völker und deren erster Sonderberichterstatter über Gefängnisse und Haftanstalten in Afrika.

Ihr Bericht von Juni 2015 zeigt auf, wie die ursprünglichen Versprechungen in Sachen Demokratie und Rechtsstaat zunehmend unterdrückt und beseitigt wurden. Ausführlich weist er nach, wie

die Regierung einen Repressionsapparat und eine Schreckensherrschaft aufgebaut hat mit willkürlichen Verhaftungen, Folter, Verschwindenlassen und aussergerichtlichen Hinrichtungen. Er beschreibt auch, wie unter dem Vorwand der Verteidigung der Einheit des Landes die Eritreer mit Nationaldienst und Zwangsarbeit auf unbestimmte Zeit ausgebeutet und versklavt werden. Er nennt die folgenden Problempunkte:

– *Verstoss gegen das Recht auf Privatsphäre*

Bespitzelung der eritreischen Bevölkerung im In- und Ausland durch die Regierung sowie Angst, von Sicherheitsbeamten überwacht, festgenommen, inhaftiert, gefoltert und getötet zu werden, sind an der Tagesordnung.

– *Fehlende Bewegungsfreiheit*

Wer sich innerhalb des Landes bewegen will, braucht eine schriftliche Genehmigung. Eine offizielle Ausreise aus dem Land ist unmöglich vor Abschluss des Militärdienstes. Wer beim Versuch, die Grenze zu überqueren, erwischt wird, den erwarten Folter, grausame, unmenschliche oder erniedrigende Strafe ohne Gerichtsverfahren.

– *Strafsteuer im Ausland*

Eritreer im Ausland können einen Pass nur erhalten, wenn sie eine «Wiedergutmachungssteuer» von zwei Prozent ihres Einkommens bezahlen. Wenn sie das Land unerlaubt verlassen haben, müssen sie eine Erklärung des Bedauerns unterzeichnen.

Fortsetzung Seite 8

– Keine Meinungs- und Pressefreiheit

Seit 2001 sind keine privaten Medien mehr erlaubt. Die Redaktionen der unabhängigen Zeitungen wurden geschlossen, Journalisten inhaftiert, viele sind verschwunden. Nur regierungstreue Informationen sind verfügbar.

– Keine Vereinigungsfreiheit

Alle Versuche zu Demonstrationen werden im Keim mit Repressionen und Hinrichtungen erstickt. Die Bedingungen für die Bildung und die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen sind so restriktiv, dass ihnen jede Tätigkeit verunmöglicht wird.

– Begrenzte Religions- und Glaubensfreiheit

Nur vier Konfessionen sind in Eritrea erlaubt: Eritreisch-Orthodoxe, Muslime (Sunniten), Katholiken und Lutheraner. Die AnhängerInnen anderer Konfessionen werden inhaftiert und körperlich misshandelt. Viele müssen unter strengem Hausarrest leben.

– Fehlende Rechtsstaatlichkeit

Die Nichtanwendung der Verfassung von 1997 beschädigt die Rechtsstaatlichkeit grundlegend; kein Parlament tagt, die Justiz wird von der Regierung kontrolliert. Das Land wird nicht unter Recht und Gerechtigkeit, sondern mit Angst regiert.

– Kein Recht auf ein faires Verfahren

Beschuldigte Personen werden unter Folter gezwungen, auszusagen. Urteile werden selten veröffentlicht, ja nicht einmal den Beschuldigten eröffnet, so dass diese oft nicht wissen, dass sie verurteilt wurden und welches Verbrechen sie begangen haben sollen und wie lange sie im Gefängnis bleiben werden. Dies verunmöglicht es ihnen auch, das Urteil an eine höhere Instanz weiterzuziehen.

– Verbreitete Straflosigkeit für Beamte

Weder das zivile noch das militärische Justizsystem ist unabhängig, und die Regierung interveniert häufig in Verfahren. Dies führt zu einer weitverbreiteten Straflosigkeit von Beamten, auch in Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen.

– Willkürliche Verhaftungen

In erster Linie von Spionagenetzwerken gesammelte Informationen führen zu

willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen. Die Verhaftungen sind oft ungerecht, unberechenbar, unangemessen und unverhältnismässig. Häufigste Gründe sind das Stellen von Fragen, eine unterstellte Zusammenarbeit mit dem Feind, ein mutmasslicher oder tatsächlicher Versuch, das Land zu verlassen oder aus dem Nationaldienst zu desertieren. Oppositionelle, Journalisten und Mitglieder religiöser Gruppen bilden weitere Zielgruppen für Verhaftungen.

– Verschwindenlassen

Gefangene werden in der Regel nicht vor Gericht gestellt und damit dem Schutz des Gesetzes entzogen. Verwandte, die nach Angehörigen suchen, erhalten von den Gefängnisbehörden die Information, sie wüssten nichts von ihnen, waren sie aber gleichzeitig vor weiteren Nachforschungen, wenn sie nicht das gleiche Schicksal riskieren wollten. Die Kommission ist zum Schluss gekommen, dass die meisten der zahllosen in Eritrea Verhafteten Opfer des Verschwindenlassens (enforced disappearance) sind, einer weitverbreiteten und systematisch angewandten Praxis.

– Aussergerichtliche Hinrichtungen und willkürliche Erschiessungen

Seit der Unabhängigkeit waren aussergerichtliche Hinrichtungen und willkürliche Erschiessungen weit verbreitet. Für einen beträchtlichen Zeitraum hatte die Regierung in den Grenzregionen eine Politik der gezielten Todesschüsse durchgesetzt, um die Leute von der Flucht abzuhalten. Zahlreiche Zeugnisse lassen vermuten, dass die 2004 öffentlich angekündigte Praxis später offiziell aufgegeben worden sein könnte. Weil aber noch 2014 solche Erschiessungen vorgekommen sind, ist die Kommission nicht in der Lage, den Schluss zu ziehen, dass diese Praxis offiziell abgeschafft worden ist.

– Brutale Haftbedingungen

Ein ausführliches Kapitel ist den Haftbedingungen gewidmet, die ausserordentlich hart sind. Das Netz von Haftanstalten ist dicht, mit vielen geheimen und inoffiziellen Anlagen. Häftlinge aus politischen oder religiösen Gründen werden systematisch in Einzelhaft gehalten, die mehrere Jahre andauern kann. Die Haftbedingungen sind oft unsäglich.

– Folter und Misshandlungen

Misshandlungen und Folter sind in Eritrea weitverbreitet. Sie werden entweder

von Offiziellen direkt befohlen oder erfolgen mit deren Zustimmung oder Duldung. Die Folterungen, die oft ähnlich geschildert und zahlreich dokumentiert werden, sind ein klarer Indikator für eine durchdachte Politik der gewohnheitsmässigen Ausübung von Folter während Untersuchungen und Verhören und während des Nationaldienstes. Folterer geniessen generelle Straflosigkeit.

– Nationaler Zwangsdienst

«Missbraucht, ausgebeutet und verklärt» lautet die Überschrift zum Teil über den Nationaldienst und Zwangsarbeit. Kinder werden oft zwangskrutiert, und Dienstpflichtige haben auf unbestimmte Zeit Dienst zu leisten. Die Kommission hat mit Leuten gesprochen, die immer noch in der Armee waren, als sie sich nach 17 Jahren im Dienst zur Flucht entschlossen. Die Bedingungen im Dienst und die Behandlung sind hart. Das beinhaltet Mangel an angemessener Nahrung, Wasser, sanitären Anlagen, Unterkünften und medizinischer Versorgung, was zum Tod oder zu schweren Behinderungen führen sowie psychische und physische Langzeitwirkungen haben kann. Sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen ist weitverbreitet und insbesondere die militärischen Trainingscamps sind dafür berüchtigt.

Nach Auffassung der Kommission sind die meisten Dienstpflichtigen in der Armee und alle Dienstpflichtigen im zivilen Dienst der Zwangsarbeit unterworfen. Viele Eritreer sind aber auch ausserhalb des Nationaldienstes der Zwangsarbeit ausgeliefert, etwa minderjährige Studenten und Ältere, die in der Miliz Dienst zu leisten haben. Aber auch die Arbeit, die Personen abverlangt wird, die ihrer Freiheit beraubt sind, sei eine Form der menschenrechtswidrigen Zwangsarbeit.

Ein übles Machwerk?

In einem Interview mit dem St. Galler Tagblatt am 14. August 2015 unter dem reisserischen Titel «Ein übles Machwerk der UNO» versucht der Honorarkonsul von Eritrea, Toni Locher, den Bericht der Untersuchungskommission schlecht zu reden, wobei er eine Reihe von Fehlinformationen verbreitet, auf die hier nicht im Detail eingegangen werden soll. Dem Bericht macht er zwei Vorwürfe: Gespräche hätten nur mit der Opposition stattgefunden. Das trifft nicht zu, aber die Regierung hat jegliche Zusammenar-

beit mit der Kommission wie auch mit der Sonderberichterstatterin zu Eritrea verweigert. Schon früher hatte sie fünf Sonderberichterstattern den Besuch des Landes verweigert, darunter dem Schweizer Jean Ziegler. Weiter wirft er Sheila B. Keetharuth vor, sie habe bereits in ihrer früheren Funktion bei Amnesty International klare Positionen zu Eritrea vertreten. Damit entlarvt Toni Locher seine Einstellung: Aktiver Einsatz für die Menschenrechte ist ihm ein Abscheu.

Zur Verteidigung des eritreischen Gewaltregimes hat Locher zusammen mit dem deutschen Journalisten Martin Zimmermann eine «Gegenbrochüre» zum Untersuchungsbericht herausgegeben: «Lasst uns in Frieden leben». Darin erscheint Eritrea in strahlendem Licht. Zimmermann meint, die Kommission hätte auch das IKRK befragen sollen, verschweigt aber, dass diesem der Zugang zu den Gefängnissen verwehrt ist.

Toni Locher, Fürsprecher des Regimes

Wenn etwas ein Schlaglicht auf die katastrophale Menschenrechtssituation wirft, dann ist es diese Verweigerungshaltung des Regimes. Offensichtlich hat es etwas zu verstecken. Im Interview im St. Galler Tagblatt attestiert Honorarkonsul Locher dem IKRK zwar, hervorragende Arbeit in Eritrea zu leisten, rechtfertigt aber den verweigerten Zugang zu den Gefängnissen mit «Misstrauen». Wenn er ein wirklicher Freund des Regimes in Eritrea wäre, müsste er dieses von der Zusammenarbeit mit dem IKRK überzeugen. Mit seiner billigen Rechtfertigung entlarvt er sich als Mitläufer und wird damit zum Mittäter des Gewaltregimes. Muss da nicht die Bezeichnung Honorarkonsul durch «Blutgeldkonsul» ersetzt werden?

Berichtsquellen zu Eritrea

Der Bericht der UNO-Untersuchungskommission zu Eritrea COI ist untermauert mit einem 484-seitigen Materialienband. Diese beiden Publikationen, wie auch die Berichte der Sonderberichterstatterin, die Unterlagen zum UPR-Verfahren und zum Berichterstattungsverfahren zu den UNO-Konventionen sind zu finden auf der Website des UNO-Menschenrechtszentrums, am einfachsten über die Länderseite zu Eritrea. Mit dem Bericht der Untersuchungskommission und dem dritten Bericht der Sonderberichterstatterin zu Eritrea ist deren Arbeit noch nicht erledigt. Beide Mandate sind am 2. Juli 2015

ohne Abstimmung einstimmig um ein Jahr verlängert worden. Fortsetzung folgt also.

www.ohchr.org

Schweizerische Flüchtlingshilfe

Die verschiedenen Berichte aus dem UNO-System liegen zum Teil erst in Englisch vor und dürften auch kaum ins Deutsche übersetzt werden, da dies keine offizielle UNO-Sprache ist. Auf der Website der Schweizerischen Flüchtlingshilfe SFH finden sich viele Informationen zu Eritrea und der damit verbundenen Flüchtlingsthematik auf Deutsch.

www.fluechtlingshilfe.ch

Amnesty International

Amnesty International hat 2013 einen umfangreichen Länderbericht zu Eritrea herausgegeben: «Eritrea: 20 years of independence, but still no freedom». Er kann von der Website von Amnesty Schweiz heruntergeladen werden.

www.amnesty.ch

EASO: Länderfokus Eritrea

Neuerdings gibt es einen weiteren umfangreichen Bericht zu Eritrea vom European Asylum Support Office (EASO). Er datiert von Mai 2015: «EASO-Bericht über Herkunftsländer-Informationen – Länderfokus Eritrea». Der ausgezeichnete Bericht ist auf Deutsch erhältlich. Hier ein Auszug zum militärischen Ausbildungslager in Sawa (siehe Karte Seite 6): «Offizielles Rekrutierungsalter in Eritrea ist das 18. Lebensjahr. Von 1994 bis 2002 wurden jährlich zwei Rekrutierungsrunden durchgeführt, jeweils im Winter und im Sommer. 2003 wurde das System reformiert: Das neu eingeführte 12. Schuljahr findet seither für alle eritreischen Schüler im militärischen Ausbildungslager Sawa statt, das seither offiziell als Warsay-Yikealo-Schule bezeichnet wird.

Nach der Abschlussprüfung in Sawa geht ein Grossteil der Schüler direkt in den Nationaldienst über. Dadurch findet jährlich nur noch eine Rekrutierungsrunde – jeweils Ende Juli oder Anfang August – statt. Pro Rekrutierungsrunde werden zwischen 10'000 bis 25'000 Schüler für das 12. Schuljahr aufgeboten. Bei weitem nicht alle eritreischen Jugendlichen besuchen die Secondary School. Viele können deshalb nicht am 12. Schuljahr in Sawa teilnehmen. Da-



rum bestehen weitere Rekrutierungsmethoden. Wer das 11. Schuljahr nicht besucht, kann ab dem 18. Lebensjahr direkt von der Kebabi-Verwaltung zum Nationaldienst aufgeboten werden.

Auch Jugendliche über 18 Jahre, welche die Schule noch besuchen, werden manchmal von der Verwaltung zum Nationaldienst aufgeboten. Dies insbesondere dann, wenn der Verdacht besteht, dass sie ihren Schulabschluss hinauszögern, um nicht rekrutiert zu werden. Dieses Vorgehen trifft insbesondere arme Familien aus dem Tiefland, deren Kinder ihr Vieh hüten und sie bei der Ernte an abgelegenen Orten unterstützen.

Zusätzlich dazu finden landesweit seit etwa 2001 sogenannte Giffas (Razzien) statt, im Rahmen derer die Jugendlichen überprüft werden, ob sie ihre Militärpflicht erfüllt haben, und andernfalls inhaftiert (meist im Gefängnis Adi Abeito bei Asmara) und anschliessend militärisch ausgebildet werden. Dazu werden Ortschaften oder Stadtteile von der Armee abgeriegelt und alle Personen, die sich dort aufhalten, müssen nachweisen, dass sie ihre Dienstpflicht erfüllt haben. Einigen Berichten zufolge finden die Giffas heute seltener statt als früher, allerdings gab es im Oktober 2013 und Januar 2015 in Asmara grössere Giffas.»

Der EASO-Bericht kann unter Staatssekretariat für Migration SEM heruntergeladen werden.

www.bfm.admin.ch

Was geschieht eigentlich in der Ukraine?

Die ersten zwei Augustwochen verbrachte Maša Soršak in der Ukraine, oder genauer in Charkiv – nahe der russischen Grenze – in einem Hilfscamp für Flüchtlinge aus der Region Donbass. Zweck dieses Einsatzes, organisiert vom SVIT Ukraine, war die Arbeit für und mit den Geflohenen aus dem umkämpften Gebiet. So kam sie mit Menschen ins Gespräch, die ihre Heimat fluchtartig verlassen mussten wegen des Konflikts, wie es offiziell heisst – in Tat und Wahrheit flohen sie vor dem dort herrschenden Krieg.

/ Maša Soršak /

Vor deinem Haus auf einem Stuhl sitzend ruhest du, die Augen geschlossen. Es ist Sommer. Die Luft ist heiss, aber ab und zu streicht eine Sommerbrise über dein Gesicht. Du geniesst jede Sekunde, dein Körper ist total entspannt. Plötzlich beginnt nebenan ein Kind zu schreien. Du öffnest deine Augen und stellst fest, dass du nicht vor deinem Haus sitzt, sondern vor einem Container, daneben viele andere Container, eingezäunt von Stacheldraht. Du bist zurück in der Wirklichkeit, in einem Camp für «displaced people», wie das offiziell heisst. Es war nicht dein Entschluss, hierher zu kommen, andere entschieden. Warum?

Der Maidan war notwendig

Vermutlich fing alles mit diesem Assoziierungsabkommen an, das der frühere Präsident Janukowich nicht unterzeichnen wollte. Am 21. November 2013 begannen die Demonstrationen auf dem Maidan-Nezalezhnosti-Platz in Kiew. Die Proteste überschlugen sich, die Regierung antwortete mit massiven Polizeieinsätzen, worauf auch die Protestbewegung immer gewalttätiger wurde. Es gab immer mehr Verletzte, die Leute riskierten ihr Leben für eine bessere Zukunft. Sie wünschten sich endlich ein Ende von Korruption, Autokratie und russischer Einflussnahme, hofften auf mehr Europa und Offenheit. Allmählich weiteten sich die Proteste auch nach Osten und Süden aus.

Der Maidan war eine Notwendigkeit. Da wurde ein Patriotismus geweckt, den es so vorher in der Ukraine gar nicht

gab. Die Menschen sahen plötzlich eine Möglichkeit, freier zu werden. Während der Sowjetzeit fühlten sie sich besetzt und auch die Unabhängigkeit von 1991 war für die Meisten nur Papier, der russische Einfluss war nach wie vor spürbar. Jetzt erst nehmen die Menschen ihr Land als Nation wahr und sind stolz darauf; früher war es einfach das Land, in dem sie lebten, jetzt wurde es zu einem emotionalen Wert.

Die Regierung wechselte, Wiktor Janukowitsch war geflohen, an die Macht kam der neue Präsident Petro Poroschenko. Die Spannungen im Süden und Osten nahmen zu, dann wurde die Krim von Russland annektiert. Deren Bevölkerung erwartete, zu einem besseren Leben zu kommen, aber die Realität ist wenig glanzvoll. Die Transportkosten stiegen, seit das meiste aus Russland importiert werden musste, und die Preise in den Geschäften stiegen. Die Russen planten eine Brücke als direkte territoriale Verbindung, aber das, warum auch immer, scheint nicht möglich zu sein; also bleibt nach wie vor nur der Landweg über die Ukraine.

Der Osten befindet sich im «Krieg gegen den Terrorismus»

Im Donbass in der Ostukraine brach der Krieg aus. Prorussisch Gesinnte wollen nicht mehr Teil von der Ukraine sein. Manche von ihnen waren wohl auch russischer Propaganda am TV erlegen. So kam es denn zur selbst ausgerufenen Republik Lugansk und Donetsk. Der Minsker Friedensvertrag ist das Papier nicht Wert, auf dem er geschrieben wurde, es gibt dort nach wie vor keine Sicherheit, die Zahl getöteter Zivilisten ist auf ca. 7000 angestiegen.

Der Krieg ist in der ganzen Ukraine präsent, sei es auch nur durch Geldsammlungen für die Armee (!) auf der Strasse. Schon bei meiner Ankunft in Kiew, als ich den berühmten Maidan-Platz besuchte, war ich etwas überrascht: Eine junge Frau mit weissem T-shirt und Army-Hosen streckte mir eine Blechbüchse entgegen und bat mich um eine Spende für die ukrainische Armee. Ich nickte zwar, doch sagte ich Nein, macht doch Frieden, worauf sie sich leicht verärgert abwandte. Später

wurde ich ein weiteres Mal, von einem jungen Mann in gelb-blauen Farben, um eine solche Spende angegangen. Auffallend auch, wie viele Leute eine Halskette mit Kreuz tragen, mit dem Maidan-Umsturz wurden offenbar viele auch religiöser und beten häufiger.

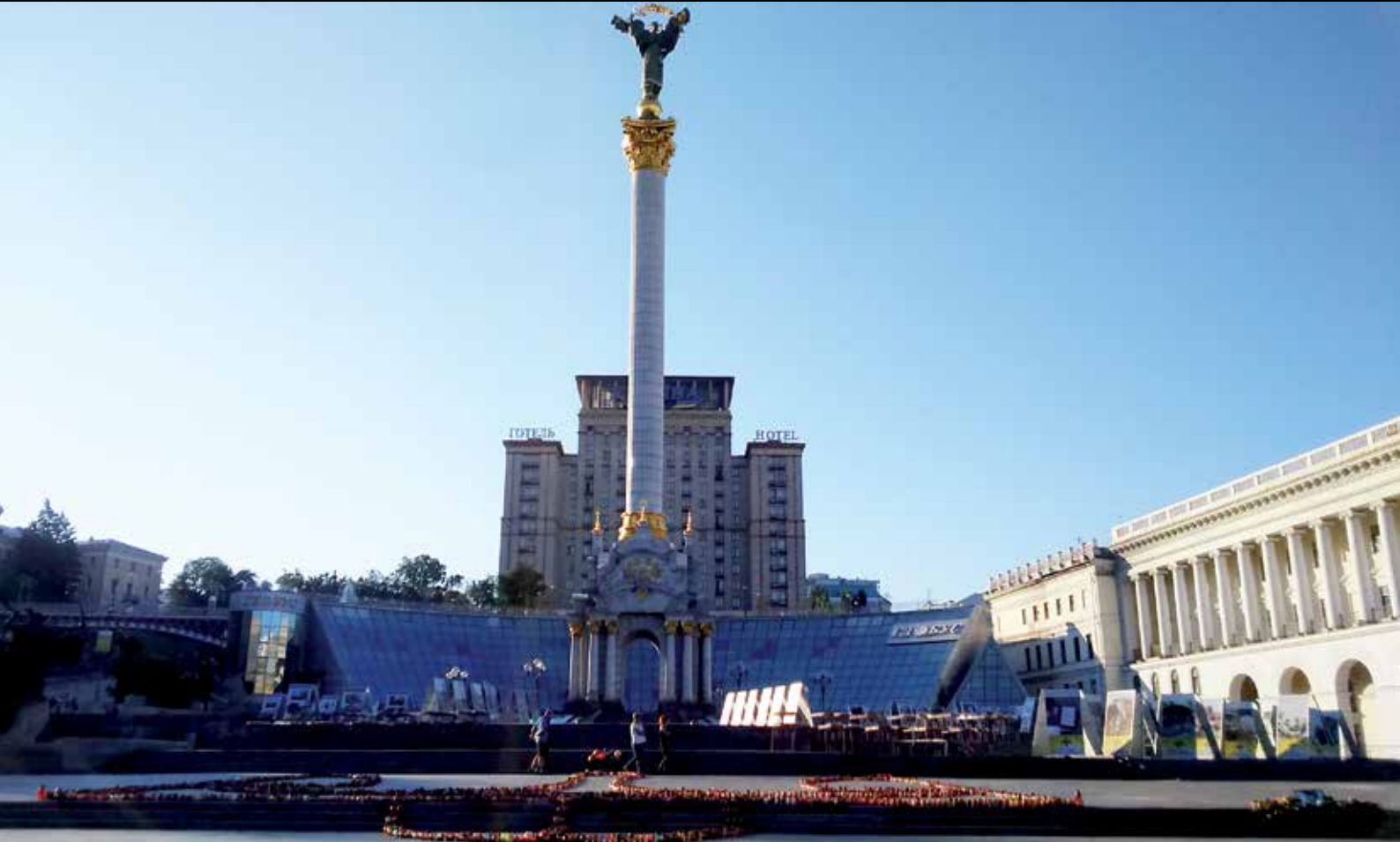
Flüchtlinge im eigenen Land

Die Leute kamen nach Charkiv, weil es nahe am Donbass liegt, weiter weg von zu Hause wollten sie nicht. Inoffizielle Angaben sprechen von 180'000 in der Stadt und 350'000 in der Region Charkiv. Anfänglich dachten sie, dass der Konflikt wohl nur einige Monate dauern würde, und hofften auf eine baldige Rückkehr. Heute stellen sie fest, dass sich nichts ändert, und viele verlieren die Hoffnung auf eine rasche Rückkehr.

Für viele ist die Flucht sehr schwierig. Um Donetsk zu verlassen, braucht es eine Genehmigung, die einen gültigen Pass voraussetzt, ein im Donbass ausgestellter gilt nichts mehr. Zwar hat die Administration der selbst ernannten Volksrepublik Donbass mit der Ausgabe neuer Ausweise begonnen – die werden von der Ukraine aber nicht anerkannt. Viele hatten ihre persönlichen Dokumente auch während der Bombardierungen verloren. Nun sitzen sie in der Falle: Ohne gültigen Pass erhalten sie keine Ausreisegenehmigung. Immerhin, was anfänglich noch Monate dauerte, geht heute in fünf Tagen – und ein wenig Bares auf die Hand kann die Amtsgeschäfte wesentlich erleichtern...

Auf der Flucht aus Lugansk

Aber dann, wie weiter? Als ich vor der Unterkunft eine Zigarette rauchte, gesellte sich eine sichtlich mitgenommene Frau zu mir, die mit ihrem Sohn aus Lugansk geflohen war. Ich entnahm ihrer Erzählung, dass sie während der Bombardierung von Lugansk in Ohnmacht fiel und offenbar einen Hörsturz erlitten hatte; jetzt suche sie dringend einen Arzt. Da sie russisch sprach, hatte ich nicht ganz alles verstanden, aber ihre gebrochene Gestalt sagte alles. Ein verheiratetes Paar erzählte, dass sie ihre Eheringe für die Flucht verhökeren, nun sind sie mit ihrem fünfjährigen Sohn in einer Herberge und versuchen,



Der Kiewer Maidan-Platz im Sommer 2015 (Soršak)

einen neuen Alltag zu leben. Überhaupt, auch die materielle Not ist gewaltig, von einer anderen Frau erfuhren wir, dass sie mit monatlich 1000 Hrywnja (die ukrainische Währung) auskommen sollte, das sind 41 Schweizer Franken. Viele ältere Menschen erhalten ihre Pension nicht mehr ausbezahlt. Weil die selbsternannte Republik keine Steuern für Kiew einzieht, reagiert die Ukraine mit dem Boykott von Rentenauszahlungen.

Stantsiya Kharkiv – Station Charkiv

Ich wohnte mit anderen Helfern des Camps in der gleichen Pension wie etwa zwanzig Donbass-Flüchtlinge und erfuhr so manches. Viele Menschen, die nach Charkiv flüchteten, suchten Hilfe bei uns in der Station Charkiv, einer NGO, die von zwei hilfsbereiten Leuten in Eigeninitiative aufgebaut wurde.

Diese Freiwilligenarbeit von uns ist eine echte Hilfe für die vielen Flüchtlinge, die täglich neu ankommen und ohne nennenswerte Unterstützung von offizieller Seite mitten in der Stadt stranden. Einigen half zwar USAID finanziell bei Miete und Arbeit, ebenso halfen das UNHCR sowie auch lokale Private mit Spenden. Die HelferInnen des Camps aber nehmen die Flüchtlinge auf, sorgen für ihre Ernährung und geben konkrete Lebenshilfe wie medizinische Un-

terstützung für Kranke oder Verletzte, Kleiderverteilung oder Tickets für eine Weiterreise u.a.m. Oft stehen Flüchtlinge auch am Rande eines Nervenzusammenbruchs und brauchen vor allem auch viel persönliche Zuwendung.

Solidarität in Charkiv

Natürlich gab es auch in Charkiv Proteste und Konflikte. Das berüchtigtste Ereignis war sicher der Sturz des Lenin-Denkmal's letzten September. Man sagt, dass die Behörden kaum etwas unternahmen, um dies zu verhindern. Es gab auch einige Bombenanschläge mit Verletzten. Nach der ersten Woche im Camp wurden wir am Wochenende in ein Erholungsheim für Kinder aus dem Osten eingeladen. Das leerstehende Gebäude war dank Hilfgeldern von USAID und Privaten renoviert worden. Für den Nachmittag hatten wir für die Kinder Spiele und Sport organisiert, dafür wurden wir zu ihrem Abendprogramm eingeladen. Die Kinder hatten, in Herkunftsgruppen eingeteilt, ein Programm vorbereitet. Das Thema war «Patriotismus». Bei den kurzen Rollenspielen ging es um Krieg. Im Hintergrund liefen Videos über die Maidan-Proteste, patriotische Lieder wurden gesungen...

Die Einwohner von Charkiv helfen den Flüchtlingen oft bereitwillig und

nehmen auch eigene Einschränkungen in Kauf. So bieten einige Anwälte unentgeltliche Rechtshilfe an. Natürlich sind manche nicht glücklich mit der neuen Situation, insbesondere mit dem mittlerweile grossen Zustrom – in der Metro etwa sei es schon enger geworden, heisst es.

Am Rande der Stadt wurden weitere mobile Häuser und Wohncontainer errichtet, das Projekt wurde letzten Februar vom deutschen Botschafter finanziert. Dort gibt es Platz für ca. 400 Leute, die sich dafür bewerben müssen, grosse Familien werden bevorzugt. Das Angebot bleibt aber nur eine Übergangslösung, für die meisten bleibt die Zukunft sehr ungewiss.

Wie geht es in den nächsten Jahren weiter mit diesem Land? Wird der Donbass enden wie Transnistrien in Moldawien – und die Ukraine, ein weiteres verarmtes EU-Mitglied? Und erst die Menschen, die Freiheit und Wohlstand suchten, werden sie neue Billigarbeiter für global agierende Konzerne? Eine erfreuliche Erfahrung bleibt: Einmal mehr erlebte ich die Hilfsbereitschaft von wenig verwöhnten Menschen, die wenig besaßen, aber so viel Herz hatten und unaufgefordert bei der Freiwilligenarbeit mitmachten.

Zum Tod von Hansheiri Zürrer

Am 12. Juli 2015 ist im Alter von 97 Jahren in Zürich Hansheiri Zürrer gestorben, der während Jahrzehnten PazifistInnen und Friedensbewegte in der Schweiz ermutigt und geprägt hat. Körperlich immer schwächer, aber geistig bis zuletzt sehr präsent, ass und trank er in den letzten zwei Wochen seines Lebens nichts mehr und verabschiedete sich so, wie er gelebt hatte, sehr bewusst und sehr bescheiden. Zürrer hatte Theologie studiert. Entscheidend geprägt haben ihn seine Erlebnisse in Polen Ende 1944 und im Frühling 1945, als er in einer Mission des Christlichen Vereins junger Männer CVJM Gefangenenlager in Deutschland und Polen besuchte und die Bombardierung Danzigs am Ende des Kriegs hautnah miterlebte. Als Zeitdokument veröffentlichten wir auf den folgenden Seiten Auszüge aus seinen Erinnerungen über seine Erlebnisse in Polen.

Nach dem monatelangen Rückweg durch die kriegsversehrten Gebiete beschloss er, sein künftiges Leben in den Dienst des Friedens zu stellen, um Krieg und Gewalt zu überwinden. Zeitweise hatte der Korporal der Schweizer Armee sich durchaus als Militärseelsorger gesehen, jetzt verweigerte er den Militärdienst und auch den Militärpflichtersatz, womit er sich insgesamt nicht nur über ein Jahr Gefängnis einbrockte. Seine Haltung brachte ihn auch um eine Stelle als reformierter Pfarrer, was ihn sehr getroffen hatte.

Wie Jenny Heeb's Erinnerungen auf Seite 17 zeigen, engagierte sich Zürrer nicht nur für unzählige friedenspolitische Initiativen, sondern führte mit seiner Frau Bertel auch immer ein offenes, gastfreundliches Haus. So nahm er 1960 Algerier bei sich auf, die während des Unabhängigkeitskriegs schwarz durch Frankreich gebracht worden waren und auf eine Rückkehr in ihr Land hofften. Ebenso fanden zur Zeit des Vietnamkriegs amerikanische Deserteure Unterkunft bei Zürrers, bevor sie etwa nach Schweden weiterzogen.

Besonders setzte er sich für die zahlreichen, damals noch zu mehrmonatigen Strafen verurteilten Militärdienstverweigerer ein. Immer wieder zog es ihn auch zu Hilfseinsätzen und Aufbauarbeiten des Service Civil International SCI ins Ausland. Im Jubiläumsbuch «50 Jahre SFR» beschreibt Claudia Forni das «offene Haus» der Zürrers ausführlich (erhältlich beim Sekretariat). (Red.)

Vor 70 Jahren: Hansheiri Zürrers Mission in Kriegsgefangenenlager

Der lange Marsch durch das kriegsversehrte Polen

Hansheiri Zürrer besuchte im Auftrag des Christlichen Vereins junger Männer CVJM Ende 1944 und im Frühjahr 1945 Kriegsgefangenenlager in Deutschland und Polen und erlebte den Rückzug der Deutschen und den Vormarsch der Russen hautnah. Im Folgenden publizieren wir Auszüge aus einem Brief, den er am 1. Februar 2014 an seine polnische Übersetzerin schrieb. Konsequenterweise verwendet er dabei für das bis dahin deutsche Danzig das polnische Gdansk. Die Untertitel stammen von der Redaktion.

/ Hansheiri Zürrer /

Als ich im Oktober oder November 1944 das Kriegsgefangenenlager Hohenstein in Ostpreussen besuchen konnte (neben dem monumentalen Denkmal Tannenberg zum Sieg von deutschen Truppen über russische im Jahre 1914), war ich ausnahmsweise während ein paar Minuten ohne die sonst obligatorische deutsche Überwachung im Gespräch mit einem gefangenen polnischen Arzt. Dr. Chmiel benutzte die Gelegenheit, um mir die Adressen seiner drei Schwestern zu übergeben mit der Bitte, ihnen einen persönlichen Gruss von ihm auszurichten.

Ein paar Wochen später besuchte ich in Toruń (dt. Thorn) ein Kriegsgefangenenlager mit vielen Engländern. In Erinnerung geblieben ist mir vor allem ein langes Gespräch mit einem Pfarrer der anglikanischen Kirche über seine Erfahrungen im Lager. Auf einem Stadtplan fand ich dann die Adresse einer der Schwestern von Dr. Chmiel. Für den Besuch bei Helena Romanowski erhielt ich von meinem schwedischen Kollegen ein Lebensmittelpaket. Ich fand das Haus an der Pestalozzistrasse, die vorher Ulica Kasprovicza geheissen hatte. Ich läutete an der Wohnungstüre im 2. Stock.

Angst vor der Gestapo

Diese öffnete sich jedoch erst nach einer Weile. Eine Frau in mittlerem Alter hiess mich eintreten. Im Lauf unseres Gesprächs berichtete sie mir dann, sie sei am Lesen eines polnischen Buchs

gewesen, habe dieses aber schnell versteckt, als es läutete, und eine Strickarbeit hervorgeholt, denn die Deutschen hätten ja die Pflege der polnischen Kultur verboten. Sie fragte mich zudem mehrmals während unseres Gesprächs, ob ich nicht von der Gestapo sei.

Wenige Tage später konnte ich die beiden andern Schwestern von Dr. Chmiel in Bydgoszcz (Bromberg) besuchen. Sie waren von der deutschen Besatzung aus ihrer Stadtwohnung vertrieben worden und mussten mit einer Mansarde in einem Aussenquartier vorliebnehmen. Ich fand die beiden wohl an einem späteren Nachmittag in ihren Betten liegend, weil ihr Zimmer ungeheizt und kalt war, mit geöffneten Regenschirmen über ihren Betten, weil es regnete oder schneite und das Dach undicht war. In der Folge berichteten sie mir, dass im Tram nicht mehr polnisch gesprochen werden dürfe. Für mich waren dies sehr eindrückliche Begegnungen, Ich ahnte damals nicht, dass ich diesen Frauen nochmals begegnen würde.

Der erste russische Soldat

Als am Palmsonntag 1945 – es war der 25. März – die Stadt Gdansk (Danzig) von britischen Bombern fast völlig zerstört wurde, blieb ich im Luftschutzkeller der Svenska Sjömanskyrka, der schwedischen Seemannskirche, in Novy Port (damals hiess der Stadtteil Neufahrwasser) am Leben, weil das Haus von keiner Bombe getroffen wurde. Doch wenn jeweils eine Bombe in der Nähe explodierte, wankten unsere Kellerwände. Es war unheimlich.

Als dann am übernächsten Tag der erste russische Soldat mit Gewehr und aufgepflanztem Bajonett unseren Hauseingang betrat, stellte ich ihm meinen französischen Freund Roger, den holländischen Studenten Woul und mich als «franzusi» (Franzose) vor. Darauf begrüßte uns der Russe freudig als «bratja» (Brüder) und «towaritschki» (Genossen). Am nächsten Tag erhielten wir von einem Offizier die Anweisung, nach

Zoppot zu gehen, wo alle Ausländer gesammelt würden.

Das Militärbüchlein im Notgepäck

Darauf packte jeder von uns dreien das, was er als das Nötigste betrachtete, in einen Rucksack, in einen leeren Kartoffelsack oder in ein Köfferchen. Ich hatte im letzten Sommer bei der Ausreise aus der Schweiz nicht daran gedacht, einen Rucksack mitzunehmen, sondern all meine Habe in einen grossen und in einen kleinen Koffer gepackt. Das rächte sich jetzt. Obwohl der kleine nicht viel enthielt (Ersatzwäsche, Pijama, Socken, Rasierzeug, Knäckebrötchen, Militärdienstbüchlein und die Bibel mit vielen Randbemerkungen aus der Studienzeit), wurde er mir nach ein paar Tagen zu schwer.

Unvorsichtigerweise hatte ich unterwegs aus einer Röhre fliessendes Wasser getrunken, zunächst ohne zu beachten, dass es vor der Röhre als Bächlein durchs offene Feld floss. So litt ich in den folgenden Tagen an einer Art Ruhr mit Durchfall und grosser Schwäche.

Aber zunächst nach Zoppot: Dort schliefen wir in einem grossen Haus in den Korridoren entweder auf dem Boden oder auf einem Stuhl. In der Nacht wurden wir dreimal geweckt, um draussen gezählt zu werden. Am Morgen erlebten wir den Sinn der Zählung: Jeder erhielt einen Teller Suppe und jeder Zweite einen Laib Brot. Schliesslich reiheten wir uns in eine lange Kolonne von 2000 Ausländern unter der Führung eines einzigen russischen Unteroffiziers. Danebenstehende Russen riefen uns zu: «domoi!» (nach Hause), «na Paridschi!», (nach Paris), und ein Offizier filmte unseren bunten «Auszug aus Ägypten». Im Augenblick erfüllte uns alle ein Hochgefühl.

Ohne Köfferchen, ohne Ballast

Doch der darauf folgende Fussmarsch, steil durch einen Wald hinauf oder auf aufgeweichten Strassen, war mühsam. Am Abend fanden wir Platz in einem riesigen Stall, in welchem bereits in den vorigen Nächten Tausende übernachtet hatten, mit nur wenig Stroh am Boden. Wer noch keine Läuse hatte, den befahlen sie in dieser Nacht, auch mich.

Am zweiten Tag unseres Marsches wurde ich immer schwächer und gab darum mein Köfferchen einem russischen Fuhrwerk mit, das in die gleiche Richtung ging, mit der Bitte, es beim Bahnhof Kartusy zu deponieren. Doch als wir gegen Abend in die Nähe dieses Städtchens kamen, liess uns die Kommandatur



Hansheiri Zürriker an einem Ostermarsch

nicht hinein, weil es bereits überfüllt sei. Auch erfuhren wir später, dass der Bahnhof völlig zerstört sei. So blieb uns nichts anderes übrig, als auf der Strasse weiterzugehen, die lang durch einen dunklen Wald führte. Da kam ein Kollege auf mich zu und berichtete mir, er habe beobachtet, wie das Fuhrwerk mit meinem Köfferchen einen andern Weg eingeschlagen habe.

Als mir bewusst wurde, dass ich meine Habe nicht mehr sehen würde – es war Osternacht –, überkam mich zunächst eine grosse Freude: Jetzt kann mir niemand mehr etwas wegnehmen. Ich fühlte mich zugleich unendlich reich im Sinne der Bergpredigt. Es war bereits dunkle Nacht, als wir am Ende des Waldes ein kleines polnisches Bauernhaus entdeckten, auf dessen Boden etwa zwanzig von uns ihre müden Glieder ausstrecken konnten.

Rossknecht für die Rote Armee

Anderntags konnte ich mich wieder einreihen in die Marschkolonne, wohl als Einziger ohne Gepäck. Am folgenden Tag holte ein berittener Kommandant uns und etwa zwanzig weitere Franzosen aus der Kolonne heraus und führte uns in ein Dorf, wo etwa 100 Pferde, die die Russen den Deutschen weggenommen hatten, eingepfercht auf einem Platz standen. Da der Russe in keinem der umliegenden Höfe einen Strick gefunden hatte, brachte er uns Feuerwehrschräuche, die wir in schmale Streifen schneiden mussten. Mit ihnen hatte jeder von uns zwei Pferde um den Hals zusammenzubinden und an ihre Schwänze nochmals hintereinander zwei Paare, sodass jeder von uns sechs Pferde zu treiben hatte.

Fortsetzung Seite 14

Die erste Nacht verbrachten wir in einem Wald. Die Pferde banden wir an Bäumen fest. Den Russen gelang es, ein wärmendes Feuer anzuzünden, während wir Franzosen auf dem nassen Waldboden damit Mühe hatten und froren. Beim Morgengrauen erscholl plötzlich die laute Stimme des Kommandanten: «Franzusi da konja!» (Franzosen zu den Pferden!). Weil ein paar Pferde Durst hatten und in der Nähe Wasser rochen, rissen sie sich von den Bäumen los und sanken im nahen Sumpf tief ein. Mit Hin-und-Herreissen und Schlägen versuchten einige von uns, die Tiere zu retten. Mit Blick auf meine Halbschuh hielt ich mich zunächst im Hintergrund. Doch als mich der Kommandant mit seiner langen Rute traf, packte ich auch zu. In Erinnerung ist mir geblieben, dass wir nur eines der drei eingesunkenen Tiere retten konnten.

Zwei Pferde für einen Laib Brot

Einmal musste ich wegen Durchfalls plötzlich in einem Wald verschwinden. Ich band meine Pferde schnell an ein paar Bäumen fest. Doch während ich mein Geschäft erledigte, riss sich ein Pferd los und wurde von einem berittenen Russen eingefangen. Er drohte mir mit seiner Waffe, falls dies nochmals geschehen sollte. Trotzdem erfuhr ich später von einem französischen Kollegen, er habe ein Pferd einem jungen polnischen Bauern abgegeben und dafür zwei rohe Eier erhalten. Ein anderer berich-



26. September bis 3. Oktober 2015

Gewaltfreiheit und Pazifismus

Geschichtliche und gesellschaftliche Betrachtungen für die praktische Friedensarbeit in der Gegenwart

Informationen und Anmeldungen: www.salecina.ch



Salecina.ch

Salecina - Ferien- und Bildungscenter - CH-7510 Maliv
www.salecina.ch - Tel. 0041 81 523 52 20

tete, er habe für zwei Pferde einen Laib Brot eintauschen können.

Nach etwa fünf oder sechs Tagen, nachdem ich mich körperlich wieder etwas aufgefangen hatte, erwachte auch wieder mein Bewusstsein. Ich begann mich zu fragen; Ist das wirklich deine Aufgabe, Rosknecht für die Rote Armee zu sein? Ich berichtete meinem holländischen Freund Wout von meinem Plan, vielleicht in der kommenden Nacht wegzulaufen. Er könne mich nicht begleiten wegen seiner Zahnschmerzen, antwortete er mir.

Auf der Flucht vor den Russen

Während sich meine Kollegen in einem andern Raum zur Ruhe legten, blieb ich zunächst als Stallwache in der Küche auf. Weil ich froh, ging ich nach draussen, um mich etwas zu bewegen. Ich sah den Orion und den Polarstern und konnte mich nach ihnen orientieren. So fand ich heraus, in welcher Richtung es nach Süden ging. Bald kam ich auf eine breite Strasse und genoss das zügige Gehen. Aber, oh Schreck, von weitem sah ich das Licht eines Autos auf mich zukommen. Ich drückte mich hinter einen Baum am Strassenrand, und der russische Militärjeep raste an mir vorbei. Unerwartet stiess ich später auf ein Bahngleise, das die Strasse überquerte. Jetzt wusste ich: Das muss die Linie nach Bydgoszcz sein, auf der ich auch schon gefahren war.

So folgte ich diesem Geleise stundenlang durch den dunklen Wald. Als dieser zu Ende ging, war es bereits taghell. Ich setzte mich auf eine Holzbeige und schlief sofort ein. Doch als ich nach wenigen Minuten wieder erwachte, froh ich in meinem dünnen Regenmantel, denn es war wohl einige Grade unter Null. So klopfte ich an die Tür des ersten kleinen Hauses und fragte, ob ich mich hier ein wenig aufwärmen und hinlegen könnte. Doch die Frau hatte Angst und sagte, wenn ich entdeckt würde, würde ich bestimmt erschossen und zugleich auch sie selber. Im nächsten Haus erhielt ich dieselbe Antwort. Zum Glück begann jetzt die Sonne zu wärmen, sodass ich mich auf dem Bord neben dem Bahngleise eine Zeit lang ausruhen konnte. Dann ging es weiter zu Fuss nach Bydgoszcz.

Nachricht von Roosevelts Tod

Noch nie zuvor bin ich mit ähnlicher Erwartung auf eine Stadt zugestreb. Schliesslich fand ich das Haus, in dessen Mansarde ich vor etwa vier Monaten

zwei Schwestern von Dr. Chmiel besuchen konnte. Doch ich erhielt Bescheid von einer Nachbarin, dass die beiden kurz zuvor in ihre frühere Stadtwohnung zurückgekehrt seien. Doch im selben Haus fand ich eine russische Militärküche. Ich hatte solchen Hunger, dass ich jede Hemmung überwand, dort um Essen bat und dann auch erhielt. Auf der Strasse begegnete ich Franzosen, die mir berichteten, im ehemaligen Kriegsgefangenenlager etwas ausserhalb der Stadt, das ich seinerzeit auch besucht hatte, könne jeder Ausländer eine Nacht lang bleiben, müsse aber anderntags weiterziehen. Selbstverständlich machte ich von diesem Angebot Gebrauch.

Anderntags ging ich zum Bahnhof. Dort hörte ich in den Radionachrichten immer wieder den Namen des amerikanischen Präsidenten Franklin Roosevelt. Es muss die Meldung seines Todes gewesen sein, also der 12. April, wie ich erst viel später feststellen konnte. Da Ausländer – meist ehemalige Kriegsgefangene oder Zwangsarbeiter – keine Fahrkarte brauchten, konnte ich nach langem Warten endlich einen Zug aus Güterwagen besteigen, der nach Toruń fuhr.

Ein Fehler der Kriegsgefangenenhilfe

Als er dann kurz vor dem Bahnhof anhalten musste, stieg ich aus, ging über den Bahndamm hinunter und war bald bei der Brücke über die Wisla (Weichsel). Einem russischen Wachtposten zeigte ich meine Papiere. Doch er nahm sie verkehrt in die Hand, weil sie nur in Englisch, Französisch und Deutsch abgefasst waren, nicht aber in Russisch, was ein kapitaler politischer Fehler des internationalen Sekretariats der Kriegsgefangenenhilfe in Genf war. Da ich mich auf russisch zu wenig mit ihm verständigen konnte, sagte er mir schliesslich «dawaj!» (hau ab).

So ging ich als einziger Mensch über die lange Brücke, die vom Bahnhof zur Stadt hinüberführte, und zwar nach Sonnenuntergang, nach welchem Zivilisten sich nicht mehr draussen aufhalten durften. Ich wusste noch den Weg von meinem Besuch im November her; die zweite Strasse nach links und dann die fünfte Querstrasse nach rechts. Sie hiess jetzt nicht mehr «Pestalozzistrasse», sondern wieder Ulica Kasprowicza. Ich fand das Haus Nr. 9. Im Gegensatz zu damals waren Garten- und Haustüre offen. Als ich an der Wohnungstüre im 2. Stock läutete, passierte nichts. Die Klingel funktionierte nicht mehr.

Wiedersehen mit den Romanowskis

Als ich darauf laut klopfte, wurde die Türe geöffnet und vor mir stand ein riesiger russischer Offizier. Ich überwand meinen anfänglichen Schrecken und konnte von ihm erfahren, dass das Ehepaar Romanowski jetzt in einem andern Haus an der nächsten Querstrasse wohne. So machte ich mich auf die Suche. Draussen war es schon dunkel. Beim ersten Mehrfamilienhaus in der nächsten Strasse drückte ich auf die unterste Klingel. Nach einer Weile öffnete ein Mann, fragte mich, wer ich sei; und als ich meinen Namen nannte, hiess er mich eintreten.

Ich hatte ungeheures Glück; es war Bobdan Romanowski, dessen Ehefrau ich im letzten November getroffen hatte. Die beiden merkten bald, dass ich Hunger hatte, und holten das Lebensmittelpaket, das ich ihnen damals gebracht hatte und das als letzte Reserve noch nicht angetastet worden war. Während Frau Romanowski mir daraus ein Nachtessen zubereitete, zeigte mir ihr Mann auf einer grossen Europakarte an der Wand den neusten Stand der Front im Westen Deutschlands. Ich war überrascht, denn ich hatte in den letzten drei Wochen nichts mehr über das Tagesgeschehen erfahren.

Gott ist doch gerecht

Nicht bloss die kommende Nacht, sondern auch den ganzen nächsten Tag und die darauffolgende Nacht brauchte ich zum Nachholen des Schlafs. Danach versuchte ich, mit Autostop nach Gdansk zurückzufahren. Als ich am Abend nach vergeblichem Bemühen wieder zu meinen Gastgebern zurückkehrte, sagte mir Herr Romanowski, ich könne gut noch ein paar Tage bei ihnen bleiben und ihnen beim Umzug in ihre frühere Wohnung behilflich sein.

Nach etwa einer Woche Aufenthalt in Toruń fuhr ich mit der Bahn zurück nach Bydgoszcz, wo ich die beiden andern Schwestern von Dr. Chmiel in ihrer früheren Stadtwohnung traf. Sie erzählten mir, dass sie beim Wiedereinzug feststellten, dass die Deutschen die Wohnung Hals über Kopf räumen und die eingeweichte Wäsche zurücklassen mussten, genauso wie es ihnen beiden seinerzeit erging. Und sie fügten hinzu: «Gott ist doch gerecht!»

Ich erinnere mich, wie in der Nähe ihrer Wohnung eine protestantische Kirche stand, von Deutschen erbaut und genutzt. Damit sie nach dem Ab-

zug der Deutschen nicht leer blieb, wurde die polnische Bevölkerung aufgerufen, sie zu benützen und sie mit Gebeten zu einer katholischen Kirche zu weihen.

Der weggeworfene Peter Camenzind

Die beiden Schwestern hatten in Erfahrung gebracht, dass am zweiten Tag meines Aufenthalts in der Stadt eine Kolonne von Lastwagen bereitgestellt werde für den Transport von Waren und Personen nach Gdansk und dem Norden des Landes. Ich war natürlich sehr froh über diese Gelegenheit und bot einem der Chauffeure das dicke belegte Brot an, das ich von meinen Gastgeberinnen für die Reise geschenkt erhalten hatte. So durfte ich mitfahren. In einer Ortschaft südlich von Gdansk, wohl in Tszew, übernachteten wir in den Korridoren eines Hotels auf Stühlen oder am Boden. Dabei sah ich auch weggeworfene Bücher in deutscher Sprache herumliegen. Unter ihnen fand ich den Roman «Peter Camenzind» von Hermann Hesse und nahm ihn mit.

Als unser Lastwagen auf dem Bahnhofplatz von Gdansk anhielt, war ich der Einzige, der ausstieg. Es lockte sonst niemanden in diese Trümmerstadt. Ich aber suchte die Garage in der Nähe des Bahnhofs auf, in der ich das Auto, das mir zur Verfügung stand, eingestellt hatte. Alle andern Wagen waren verschwunden, nur «mein» Opel-Olympia mit dem Kennzeichen «S» stand noch da! Ich dachte: Die Russen sind doch korrekt; sie haben schwedisches Eigentum nicht angetastet. Doch beim näheren Hinschauen ergab sich mir ein anderes Bild: Der Motor war von einer Granate getroffen und zerstört worden, die Räder und die Sessel bereits demontiert. Doch ich setzte mich noch einmal in den Wagen, mit dem ich so viel erlebt hatte.

Im zerstörten Danzig

In meiner Manteltasche finde ich noch ein Stück Brot. Wie ich es in den Mund stecken will, nähert sich eine junge Frau, die mit einer Schaufel nach Leichen unter den Trümmern suchen muss. Sie sei



eigentlich Krankenschwester, doch als Deutsche dürfe sie nicht mehr im hiesigen Spital arbeiten. Sie erzählt, nur einmal am Tag erhalte sie nach getaner Arbeit einen Teller Suppe. Ich teile mein Brot mit ihr und spüre, dass dies ein grosses Geschenk für sie ist.

Darauf mache ich einen Gang durch die Stadt. Ich finde kein bewohntes Haus mehr. Ich suche dasjenige auf, in dem ich im vergangenen Dezember einen deutschen Freund mit seiner Mutter besucht hatte. Während des Besuchs mussten wir wegen eines Fliegeralarms in den Luftschutzkeller hinunter. Und während meines damaligen Heimwegs brannte es an verschiedenen Orten in der Stadt. Doch diesmal ist es für mich viel grauenvoller: In dieser grossen, einst so belebten Stadt begegne ich fast keinem Menschen. Das beeindruckt mich viel mehr als die Trümmerberge in allen Strassen.

«Die Unsrigen kommen wieder!»

Nach einer Stunde erreiche ich den Vorort Neufahrwasser, der jetzt Novy Port heisst. Beim Eingang zur schwedischen Seemannskirche finde ich eine Tafel, auf welcher «Svensk Konsulat» steht. Sie dient wahrscheinlich eher zum Schutz der wenigen Hausbewohner. Auf jeden Fall treffe ich den Abwart Ingermanson und seine ostpreussische Ehefrau. Ich bin froh, hier nach Wochen endlich wieder einmal duschen zu können. Meine verlauste Unterwäsche vergrabe ich in

Fortsetzung Seite 16

der Erde, denn in meinem Zimmer habe ich Ersatzwäsche gefunden.

Ich bleibe etwa eine Woche am vertrauten Ort und hole vor allem das Schlafen nach, das in letzter Zeit zu kurz gekommen war. Von der weit entfernten Halbinsel Hela her ertönt täglich noch Geschützdonner, was manche Frauen zur Überzeugung kommen lässt: Die Unsrigen kommen wieder! Ich finde im Ort einen Schuhmacher, der bereit ist, für mich einen Rucksack zu nähen, und sich freut, für seine Arbeit zum ersten Mal neues polnisches Geld zu erhalten. Ich packe unter anderem meinen Wintermantel, eine Wolldecke und die Casserole (Kochtopf) meines Freundes Roger ein, sodass ich notfalls auch draussen übernachten könnte.

Berührende Szenen mit Russen

Am Samstag, den 5. Mai, verlasse ich das Haus, in welchem ich die letzten acht Monate wohnen konnte, zu Fuss in Richtung Gdansk. Unterwegs komme ich ins Gespräch mit einer Frau, die mir klagt, ein russischer Soldat habe ihr die Ehre geraubt. Weiter des Weges komme ich an einem mit hohem Stacheldraht umgebenen Lager vorbei, in welches deutsche Männer in Zivilkleidern gelangt sind. Ich werde Zeuge einer berührenden Szene: Ein russischer Soldat stemmt ein Kind in die Höhe, sodass es seinem gefangenen Vater über den Stacheldraht hinweg etwas überreichen kann.

Beim Hauptbahnhof von Gdansk treffe ich auf eine Kolonne von russischen Militärlastwagen, die vor allem Fässer mit Benzin an die weit westlich verlaufende Front transportieren müssen. Ich frage einen Chauffeursoldaten, ob ich in Richtung Kanusy mitfahren könne. Er ist einverstanden und freut sich jeweils, wenn ich russisch geschriebene Richtungstafeln oder über die Strasse gespannte Spruchbänder lesen kann.

Als die Kolonne vor ein paar Häusern am Strassenrand hält, fragt er eine Frau nach einer Armbanduhr. Sie bringt eine, die

ich dann begutachten muss, worauf der Chauffeur ihr einen grossen Sack voll Getreidekörner übergibt. So unterscheidet er sich von den russischen Soldaten, denen ich bisher begegnet bin. Sie forderten von Zivilisten immer wieder: «Dawaj, tschassi!» (Los, gib die Uhr her), ohne an ein Entgelt zu denken.

Übergriffe auf Frauen

Da die deutschen Truppen bei ihrem Rückzug die meisten Brücken gesprengt hatten, mussten die russischen Chauffeure manchmal ein steiles Bord hinunterfahren, einen Bach durchqueren und auf der andern Seite wieder steil hinauf. Bei einer solchen Gelegenheit sagte mir der Soldat am Steuerrad: «Charoschaja maschina, amerikanskaja» (es ist ein gutes Auto, ein amerikanisches, d.h., von den Amerikanern an die russische Armee geliefert). Nach mehr als 30 km Fahrt verabschiedete ich mich vom Russen und suchte in Kartusy ein kleines ehemaliges Kriegsgefangenenlager auf, das ich von früheren Besuchen her bereits kannte. Dort traf ich einen Franzosen, der anderntags mit mir zusammen südwärts zog, anfänglich zu Fuss, später mit der Bahn.

Ich erinnere mich, wie wir in Czersk an der Pforte eines kleinen Klosters fragten, ob wir die Nacht dort verbringen dürften. Doch der Pfortner wies uns ab und gab uns dafür die Adresse von zwei Frauen, die vielleicht bereit wären, uns zu beherbergen. Dort wurde uns ein Nachtlager angeboten. Wir erfuhren von ihnen, dass sie von mehreren russischen Soldaten missbraucht worden seien. Auch sagten sie uns, ausserhalb der Ortschaft seien die geschlechtskranken Frauen in ein Lager eingesperrt worden.

Endlich Kriegsende

Am nächsten Tag brachte uns ein Zug mit vielen leeren Güterwagen weiter in Richtung Südost. Von der langen Fahrt ist mir nur in Erinnerung geblieben, dass die Dampflokomotive eine Steigung zweimal nicht schaffen konnte, sondern erst bei einem dritten Anlauf. An einem Umsteigebahnhof erfuhren wir, dass ein Zug nach Bydgoszcz frühestens in 24 Stunden fahren würde. Zum Glück erhielten wir neben vielen andern wartenden Reisenden vom polnischen Roten Kreuz auf dem Bahnsteig einen Teller mit warmer Suppe. Und die Nacht konnten wir überraschenderweise in einem kleinen Bauernhof verbringen. Das junge Ehepaar, das erst vor wenigen Tagen aus einem deutschen Lager befreit worden war, bot uns für die Nacht ihre besten Betten an!

Die grösste Sensation auf unserer Heimreise erlebten wir jedoch anderntags. Als wir gegen Abend im Bahnhof Bydgoszcz ausstiegen, empfing uns ein junger Zeitungsverkäufer mit dem Ruf «Chojnez wojny!, chojnez wojny!» (Kriegsende!, Kriegsende!). Ich verabschiedete mich von meinem französischen Kollegen und suchte die beiden Schwestern von Dr. Chmiel auf. Das Ende des Kriegs wurde am folgenden Tag, einem Mittwoch, gefeiert. Während draussen auf den Strassen viele Freudenschüsse ertönten, spaltete ich im Keller des Hauses Brennholz für meine Gastgeberinnen.

Singende polnische Soldaten

Anderntags fuhr ich mit dem Zug nach Toruń, um dort nochmals das Ehepaar Romanowski zu sehen und den beiden für ihre grosse Hilfsbereitschaft zu danken. Anschliessend an den Besuch bei ihnen wartete ich im Bahnhof Toruń mit Hunderten andern, die unterwegs waren, auf einen Zug nach Inowrocław und weiter nach Poznań. Doch zunächst kam von Westen her ein langer Zug mit flachen Güterwagen, auf denen viele polnische Soldaten lagen und weiter nach Osten fuhren. Während



Der Zürcher Friesenberg, wo Bertel und Hansheiri Zürrer den grössten Teil ihres Lebens verbracht haben, war für mich ein wichtiger Mittelpunkt meines Lebens. Weil meine Eltern und Hansheiri in der gleichen Partei aktiv waren, kannte ich Bertel und Hansheiri seit Kindesbeinen. Als junger Mensch schätzte ich es sehr, in Zürriers Haus Ruhe und Geborgenheit zu finden. Es faszinierte mich zu sehen, wie viele junge und alte Menschen ausser Zürriers drei Kinder in diesem Haus ein- und ausgingen und so wie ich Geborgenheit suchten und fanden. Bei Käse, Brot, Joghurt und Kefir erlebte ich unzählige spannende Diskussionen mit Bertel und Hansheiri und ihren Gästen über Gott und die Welt, über Friede und Völkerverständigung.

Aktivist bei den Kriegsdienstgegnern

Hansheiri hat von seiner Zeit im Internationalen Zivildienst sci in der Schweiz, Frankreich und Jugoslawien erzählt, was mich in meinem Entschluss bestärkte, mich beim damaligen sci-Sekretär Hansjörg Braunschweig an der Gartenhofstrasse 7 in Zürich zu melden. Durch seine positive, pazifistische Lebenseinstellung hat Hansheiri Einfluss auf meine politischen und weltanschaulichen Interessen ausgeübt.

Hansheiri war bei der Internationale der Kriegsdienstgegner IdK aktiv, ich besuchte ihre Veranstaltungen auch, gemeinsam nahmen wir an vielen Ostermärschen teil, und vor vielen Jahren waren wir in der Zürcher Ortsgruppe des Zivildienstes aktiv und reinigten am Samstag alten Menschen ihre Wohnung. Regelmässig hat uns Hansheiri dann zu sich nach Hause zum Nachtessen mit Bertel eingeladen.

Sammeln für Friedensinitiativen

Unsere gemeinsamen politischen Anliegen führten dazu, dass Hansheiri und ich während einiger Jahre zusammen Unterschriften gesammelt haben. Am lebendigsten ist mir die Mitenand-Initiative in Erinnerung. Dabei ging es um die Abschaffung des Saisonierstatuts und für eine offenere Ausländerpolitik. Wir sammelten von November 1974 bis Ende Oktober 1977 Unterschriften. Damals war die Sammelfrist unbeschränkt und die benötigte Anzahl Unterschriften betrug 50'000. Es war sehr mühsam, für dieses Anliegen Unterschriften zu bekommen, weil der Initiativtext kompliziert war und das Thema Ausländer schon damals negative Emotionen



Jenny Heeb: Erinnerungen an Hansheiri Zürrer

weckte. Zur selben Zeit waren zwei «Überfremdungsinitiativen» aktuell.

Gegen den Schluss der Unterschriftensammlung gingen Hansheiri und ich wöchentlich auf die Strasse und fuhrten bei Regen und Schnee in die abgelegendsten Dörfer des Kantons Zürich. Am 13. März 1977 fand die Abstimmung über die zweite «Überfremdungsinitiative» der Republikanischen Bewegung von James Schwarzenbach statt. Hansheiri und ich waren am Sammeln vor irgendwelchen Abstimmungslokalen in Zürich und sahen mit Sorge die überaus grosse Zahl von Abstimmenden und befürchteten einen Sieg Schwarzenbachs.

Unverwüstlicher Optimismus

Wie waren wir erleichtert, als wir am Radio bei Zürriers hörten, dass das Volk mit 70,5% gegen die Initiative gestimmt hatte. Bertel, Hansheiri und ich feierten das Resultat mit einem Tänzchen. Dass «unsere» Initiative an der Urne 1981 nur 16,2% Ja-Stimmen erhalten hatte, machte mir viel mehr zu schaffen als Hansheiri. Er war immer der festen Überzeugung, die politische Situation in der Schweiz würde sich zum Positiven wenden.

Das gemeinsame Unterschriftensammeln ging in den 1990er-Jahren weiter. Gleichzeitig waren es zwei Initiativen: «Für ein Verbot der Kriegsmaterialausfuhr» und «Für weniger Militärausgaben und mehr Friedenspolitik», welche später für ungültig erklärt wurde. Im September 1992, anlässlich der ersten Zürcher Street-Parade, standen Hansheiri und ich auf der Bahnhofbrücke und hofften, speziell viele Unterschriften bei den jungen Leuten zu sammeln, die

an die Demonstration für Liebe, Friede und Freiheit strömten. Es herrschte ein ohrenbetäubender Lärm und die Leute hatten keine Zeit, uns zuzuhören, sodass wir bald nach Hause gingen.

Zuhören statt Ratschläge erteilen

1995 bis 1997 standen Hansheiri und ich mit andern FreundInnen aus der Friedensbewegung unzählige Male auf der Bahnhofbrücke, um für die neu aufgelegte Volksinitiative «Sparen beim Militär und der Gesamtverteidigung, für mehr Frieden und zukunftsgerichtete Arbeitsplätze» Unterschriften zu sammeln. Beide Volksinitiativen wurden wuchtig verworfen. Hansheiri konnte diese Ablehnung nichts anhaben, sie waren Teil auf dem Weg für ein besseres Leben.

Immer bewunderte ich Hansheiri für seine grosse Geduld, mit der er jahrelang seine kranke Frau pflegte, daneben den ganzen Haushalt erledigte und auch kochte. Wenn ich ihn in den letzten Jahren im Friesenberg besucht habe, wurde ich stets sehr herzlich begrüsst und sofort bewirtet.

Zuhören und möglichst wenige Ratschläge erteilen gehörten zu den grössten Gaben von Hansheiri. Oft kam Hansheiri auf Bertel zu sprechen, wie oft hat er mir gesagt, dass sein grösstes Glück darin bestand, einer Frau wie Bertel begegnet zu sein, und wie glücklich er sei, wenn er von Bertel träume. Ich bin sehr glücklich, dass ich mich von ihm im Pflegezentrum Witikon verabschieden konnte. Dort spürte ich noch einmal die unausgesprochene Freundschaft, die uns während Jahrzehnten verbunden hat.

Jenny Heeb ist Vizepräsidentin des SFR

ihrer Durchfahrt sangen sie, natürlich mehrstimmig. Es war sehr eindrücklich. Von der Fahrt nach Poznań ist mir nur ein einziges Erlebnis in Erinnerung geblieben: Am Bord neben dem Bahngleis entdeckte ich plötzlich ein blühendes Ehrenzecheli! Das stärkte das Vertrauen ins Gelingen meiner Reise.

In Poznań konnte ich einen Zug besteigen, der mich weiter westwärts brachte. Doch nach etwa einer Stunde endete die Fahrt, und ich musste meine Reise zu Fuss fortsetzen. Zunächst wollte allerdings ein russischer Kontrollposten mich nach Osten zurückschicken. Doch als ich auf meinem Willen beharrte, liess er mich schliesslich weiterziehen. Unterwegs begegnete ich zwei Elsässern, die in der deutschen Wehrmacht Dienst leisten mussten und jetzt bei zwei deutschen Frauen Unterschlupf gefunden hatten. Auch ich konnte dort die Nacht verbringen und erhielt am andern Morgen noch Brot und Kuchen für meine Weiterreise.

Überquerung der Oder

Gegen Abend stehe ich unvermittelt an einem grossen natürlichen Hindernis: am Ufer der breiten Oder und keine Brücke in Sicht. Doch eine kleine Fähre hat eben abgesetzt. Ich winke den beiden Männern, die sie führen. Darauf kommen sie zurück und nehmen mich mit ans andere Ufer. Ich gebe ihnen dafür den Kuchen, den ich am Morgen erhalten hatte. Sie erzählen, sie hätten tags zuvor einen Franzosen mit seinem Velo hinübergebracht und dann zusehen

müssen, wie russische Soldaten ihm sein Fahrrad weggenommen hätten. Ich fand schliesslich in einem Wald eine Jagdhütte, deren Boden und Umgebung übersät war von leeren Patronenhülsen. Ich erwartete für die Nacht ein Gewitter und stellte darum meine Pfanne ins Freie, um am Morgen etwas Wasser zur Verfügung zu haben; doch sie blieb leider leer.

Beim Weitergehen sah ich plötzlich eine Lokomotive mit zwei Wagen vorbeifahren. Zu meiner grossen Überraschung fand ich jedoch nach einer halben Stunde Fusswanderung den Zug noch im nächsten Bahnhof stehen. Es war der erste Eisenbahnzug unter polnischer Verwaltung auf dieser Strecke und er diente auch dazu, an den verschiedenen Bahnhöfen jeweils den neuen Vorstand einzusetzen.

Kirchenpredigten gegen Kriegsmüde

Langsam und vorsichtig fuhr er dann weiter bis zur Grenzstation Guben. Diese Stadt war lange umkämpft und darum völlig zerstört worden. Zum ersten Mal sah ich hier auch eine Kirche in Trümmern. Bei ihrem Anblick empfand ich eine grosse Genugtuung, fast Freude sogar. Denn in jeder Kirche, die ich in Deutschland aufsuchte, hing jeweils an auffälliger Stelle eine Tafel zum Gedenken an die im Krieg gefallenen Soldaten aus der betreffenden Kirchgemeinde. Und bis heute unvergessen bleibt mir die Predigt in der St. Katharinenkirche im damaligen Danzig, zwei Wochen vor Ostern, als der Pfarrer warnte vor denen, die den militärischen Kampf gegen die anrückenden Russen ablehnten, und behauptete, dies seien ausländische

Agenten. Eine solche Kirche hatte eine Strafe verdient.

An den drei folgenden Tagen war ich zu Fuss unterwegs und übernachtete jeweils im Freien. Einmal verbrachte ich die Nacht, eingehüllt in meine Wolldecke, in einer Waldlichtung, als ich im Halbschlaf das Gefühl hatte, von einem Tier beschnuppert zu werden. Und ein andermal, als ich draussen schlief, schreckten mich Schüsse aus einem nahen Dorf. Doch nach drei Tagen Fussmarsch erreichte ich endlich das Ziel, das ich mir gesteckt hatte: Radebeul am Nordufer der Elbe.

In Karl Mays Radebeul an der Elbe

Da der Bürgermeister der nahen und bereits durch einen britischen Fliegerangriff stark zerstörten Stadt Dresden vor den heranrückenden Truppen die weisse Fahne gehisst hatte, verhielten sich diese im Unterschied zum Gebiet von Danzig korrekt. In Radebeul hatte die deutsche Bevölkerung sogar mit akustischen Mitteln ein Alarmsystem gegen Übergriffe von russischen Soldaten aufgebaut.

Nach zwei Nächten in Radebeul zog ich weiter, zunächst der Elbe entlang. Ich fragte mich, wie ich dieses zweite grosse natürliche Hindernis auf meinem Weg überwinden könnte. Unversehens stand ich vor einer vom russischen Militär erstellten Pontonbrücke mit der Aufschrift «70 to. most» (Brücke mit 70 Tonnen Tragkraft). Ich schritt hinüber, ohne einem anderen Menschen zu begegnen, nicht einmal einem russischen Kontrollposten!

Verbrechen und Rache

Auf der andern Seite der Elbe stieg ich hinauf zum Schloss Siebeneichen oberhalb der Stadt Meissen, in welchem ich mich im vergangenen Dezember bereits einmal mit den sechs andern Sekretären der Kriegsgefangenenhilfe getroffen hatte. Die Baronin empfing mich gastfreundlich. Sie berichtete mir, als Anthroposophin habe sie bereits seit einiger Zeit angefangen, sich mit der russischen Kultur zu beschäftigen und die russische Sprache zu erlernen.

Um so mehr war sie empört über das Verhalten des ersten russischen Soldaten, der trotz ihrem Einspruch, sie sei schon 60 Jahre alt, über sie herfiel und ihr als Begründung dafür eine Photo seiner Frau und seiner Kinder zeigte, die von deutschen Truppen erschossen worden seien, wofür er sich rächen

Archiv

für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz

Veranstaltungsreihe im Raum für Literatur: «Gegen Giftgas und Krieg»
Frauen zur Zeit des Ersten Weltkrieges für Frieden und soziale Gerechtigkeit

5. November 2015, 19 Uhr

Catharina Sturzenegger, 1854 – 1929
Referat von Karin Weber
Bertha von Suttner, 1843-1914
Referat von Marina Widmer

11. November 2015, 19 Uhr

Clara Ragaz-Nadig, 1874-1957
Referat von Heidi Witzig

18. November 2015, 19 Uhr

Gertrud Woker 1878-1968
Referat von Ruedi Tobler, Lesung aus ihren Texten von Ursula Affolter

26. November 2015, 19 Uhr

Käthe Kollwitz 1867-1945
Referat von Monika Jagfeld

Archiv für Frauen-, Geschlechter- und Sozialgeschichte Ostschweiz, Florastr. 6, 9000 St.Gallen, Tel. 071 222 99 64, www.frauenarchivostschweiz.ch

müsse. Sie gab mir dann einen Brief mit und bat mich, diesen einer Gruppe von Freunden in Leipzig zu bringen.

Der erste schwarze Soldat

Mein nächstes Ziel war Weimar, das ich zu Fuss, mit Autostop und die letzte Strecke mit einem Vorortzug erreichte. Gross war meine Überraschung, als ich den ersten Leuten in dieser deutschen Kulturstadt begegnete: Es waren schwarze amerikanische Soldaten. Doch den Gang durch das historische Goethe-Haus liess ich mir nicht nehmen. (Als ich 14 Jahre später wieder auf der Durchreise durch Weimar war, besichtigte ich das ehemalige KZ Buchenwald.) Im nahen Jena sitze ich auf einer Bank und warte auf die Vorortbahn, die mich an den Ort führen wird, wo ich einen weiteren Brief abzugeben habe. Neben mich setzt sich eine junge Frau mit einem Brot unter dem Arm. Sie sagt, sie sei aus Polen und ihr Bruder könne in einer amerikanischen Militärküche arbeiten und bringe ihr ab und zu weisses Brot. Wie sie merkt, dass ich Hunger habe, bietet sie mir auch davon an.

Für den Brief, den ich später abgeben kann, erhalte ich einen Teil der Suppe, die ich mit grossem Dank entgegennehme. Monate später bin ich dem Briefempfänger wieder begegnet – in der Schweiz. Dabei erzählte er mir, wie er mit dem letzten Eisenbahnzug aus Jena habe wegfahren können, als auf dem Turm der Zeisswerke bereits die Rote Flagge der sowjetischen Besatzung gehisst worden sei.

Beim Weiterwandern fand ich einen Gasthof, in welchem ich wie im schönsten Frieden ein Zimmer für die Nacht mieten konnte. Am folgenden Abend nahm mich eine junge Mutter mit zwei kleinen Kindern auf. Sie sagte mir, von ihrem Mann an der Ostfront habe sie seit Monaten keine Nachricht mehr erhalten, aber sie sei überzeugt, wenn sie an ihrem Ort Hilfsbedürftigen helfe, werde sicher auch ihrem Mann geholfen. An einem Abend suchte ich zusammen mit zufälligen Weggenossen in einem Dorf eine Unterkunft. Dabei waren wir uns einig: reiche Bauern weisen uns ab, darum fragen wir lieber bei ärmeren, ob wir in ihrer Scheune übernachten dürften.

Die weiteren Passagen des Briefes beschäftigen sich u.a. mit der Rückkehr Hansheiri Zürrers in die Schweiz, wo er nicht gerade gastfreundlich empfangen wurde...



Zivildienstpreis für Verein Grünwerk

Der 5. Prix CIVIVA geht an den Verein Grünwerk, seit 15 Jahren Einsatzbetrieb mit bis zu 30 Zivildienstleistenden, aktiv und erfolgreich im Umweltschutz und voll auf den Zivildienst ausgerichtet. Mit dem Preis ehrt der Schweizerische Zivildienstverband einen Betrieb, bei dem der Zivildienst im Zentrum steht und der dank dem Einsatz unzähliger Zivis einen wertvollen Beitrag zum Umweltschutz leistet. Sie sind herzlich zur Preisübergabe in Winterthur eingeladen.

/ Samuel Steiner /

Am 19. November 2015 erhält der Winterthurer Verein Grünwerk den Zivildienstpreis «Prix CIVIVA» 2015. Der Verein Grünwerk entstand aus der 1989 gegründeten Genossenschaft Grünwerk, die das Ziel verfolgt, komplexe Aufgaben im Garten und Naturschutzbereich nach ökologischen Grundsätzen zu lösen. Er wurde im März 2000 von Patrick Fischer und Martin Gattiker gegründet, die den Betrieb noch heute leiten. Die Vereinstätigkeit begann mit zwei Zivis und einem alten VW-Bus. Im Sommer 2015 waren bis zu 33 Zivis, acht Mitarbeitende und sieben Fahrzeuge gleichzeitig im Einsatz für die Natur in der Grossregion Zürich. Grund für die Vereinsgründung war der Zivildienst an sich: Damit das Grünwerk Zivis beschäftigen konnte, musste ein nicht gewinnorientierter Verein gegründet werden, der unabhängig vom Gartenbauunternehmen handeln konnte. Bis heute nutzen Verein und AG gemeinsame Büroräumlichkeiten, die Geschäftstätigkeiten sind aber strikt getrennt.

Zehn bis dreissig Zivis gleichzeitig entbuschen heute beim Verein Grünwerk beispielsweise Ried- und Trockenwiesen, bauen Teiche für Amphibien, bekämpfen invasive Neophyten oder führen Aufwertungsmassnahmen in lichten Wäldern aus. Nach wie vor steht

der Zivildienst im Zentrum der Vereinstätigkeiten. Daneben betreibt das Grünwerk Umweltbildung unter dem Projektnamen «Jugend + Natur» und realisierte von 1994 bis 2014 das Entwicklungsprojekt FONJAK in Kamerun. Der Betrieb pflegt bis heute flache Hierarchien, die Mitarbeitenden betreuen alle ihre eigenen Projekte, niemand der Angestellten ist nur am Schreibtisch oder nur in den Schutzgebieten tätig. Die Zivis werden nach ihren Fähigkeiten und Interessen eingesetzt und in das Betriebsgeschehen eingebunden. Viele Zivis leisten regelmässig Einsätze beim Grünwerk, weil sie die gute Atmosphäre der Gruppeneinsätze und die Wertschätzung der Mitarbeitenden erfahren.

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA verleiht den Preis für ausserordentliches Engagement zugunsten des Zivildienstes bereits zum fünften Mal. Bisher ausgezeichnet wurden Ruedi Winet und Luca Buzzi aus der Militärverweigerer- und Zivildienstbewegung, die Fondation Clémence und ihr Leiter Philippe Guntert sowie der erste Leiter der Vollzugsstelle für den Zivildienst, Samuel Werenfels. Der Verein Grünwerk ist ein Musterbeispiel für die effektive Arbeit von Zivildienstleistenden sowie die Nutzung des grossen Potenzials der Zivis und beweist einen langen Atem in der Naturschutzarbeit. Zur Preisverleihung am 13. November in Winterthur sind alle Interessierten herzlich eingeladen.

Übergabe des Prix CIVIVA 2015

Zeit: Freitag, 13. November 2015, 16.30 bis ca. 18.00 Uhr

Ort: Verein Grünwerk, Rosenstrasse 11, 8400 Winterthur

Programm: Laudatio von Michael Künzle, Stadtpräsident Winterthur; Dokumentarfilm Verein Grünwerk; Apéro

Anmeldung: Bis 1. November an sekretariat@civiva.ch

Eine globale Herausforderung

«Die Migrationswege sind länger, schwieriger, gefährlicher und teurer geworden. Die Migrationswege sind auch fragmentierter, mit mehr Zwischenstopps, wodurch es leichter zu einer Verschiebung von Schlepperei zu Menschenhandel kommt.»

Madina Jarbussynova, OSZE-Sonderbeauftragte für den Kampf gegen Menschenhandel

/Iwona J. Fluda/

An zwei heißen Tagen im Juni, dem 6. und 7., trafen sich in der Wiener Hofburg über 320 Personen zu Diskussionen mit RepräsentantInnen aus 57 Ländern. Zahlreiche internationale Organisationen waren vertreten, u.a. die Internationale Organisation für Migration IOM, das UNO-Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung UNODC sowie verschiedene NGO. Die Allianz gegen den Menschenhandel unter dem Dach der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa OSZE tagte zum 15. Mal, diesmal zu einem sehr aktuellen Thema: «Kampf gegen Menschenhandel entlang von Migrationsrouten.» Menschenhandel wird als eine Form der modernen Sklaverei bezeichnet.

60 Millionen Menschen sind seit Anfang 2015 bis heute vom Menschenhandel betroffen, darunter vor allem

Flüchtlinge, AsylbewerberInnen und Binnenvertriebene, unbegleitete Kinder, Frauen und Männer. Trotz der Tragweite des Menschenhandels wird dieser nicht immer als eine Herausforderung anerkannt, die mehr Aufmerksamkeit, Aktionen und Massnahmen von allen betroffenen Ländern benötigt. Gebraucht und gefordert ist jetzt ein Dialog zwischen Herkunfts-, Transit- und Zielländern von Opfern von Menschenhandel.

Opfer zu werden, kann schnell und leicht passieren. Ohne weltumspannende Kooperation lässt sich dieses Problem

kaum beseitigen. Besonders in Krisenzeiten steigt das Risiko des Menschenhandels. Eine gemeinsame Migrationspolitik könnte eine wirksame Lösung bei der Bewältigung des Problems sein. Doch eine zielorientierte Partnerschaft zwischen den Staaten der OSZE-Region gehört nicht zu den einfachsten Aufgaben unserer Zeit. Als Beispiel gilt hier die ukrainisch-russische Krise. Während der Tagung konnte man denn auch die gespannte Atmosphäre zwischen beiden Konfliktstaaten beobachten. Es besteht kein Zweifel, dass Menschenhandel eine globale Herausforderung ist, die unbedingt globale Lösungen braucht. Nur läuft die Zeit sehr schnell, und weitere Menschen werden auf ihrem Weg in eine «bessere» Zukunft von Menschenhandel betroffen sein.

Das Wiener Friedensmuseum

«Die Sehnsucht der Menschen nach Frieden steht in direktem Kontrast zur Rüstungsindustrie, die das Geld mit der Kriegsverteidigung Militärbudgets und Militäreinsätzen weltweit machen will. Die Rüstungsindustrie verkauft den Krieg – wir verkaufen den Frieden und müssen zusehen, was wir heute für den Frieden tun können.» Liska Blodgett, die Initiatorin des Wiener Friedensmuseums, hat sich während vieler Reisen und Studien in der ganzen Welt davon überzeugt, dass wir alle gleich sind. Es gibt ihrer Meinung nach eine globale Friedenskultur.

Friedensbildung scheint jedoch ein vernachlässigter Teil des Bildungssystems zu sein, besonders in der Friedenszeit, wie wir sie heute in der Mehrzahl der europäischen Staaten genießen dürfen. Man vergisst schnell, was Frieden bedeutet und wie dankbar wir dafür sein sollten, dass wir in Europa in relativ friedlichen Zeiten leben dürfen. Die Geschichte nicht zu vergessen, dazu lädt das Wiener Friedensmuseum ein – zum Innehalten und sich von Friedenshelden inspirieren zu lassen. Um den Frieden sollte man sich nämlich auch in friedlichen Zeiten kümmern.

Wenn man in der Wiener Stadtmitte unterwegs ist, stößt man auf eine besondere Ausstellung, in Fenstern. Mit dem Projekt «Fenster für den Frieden» werden einflussreiche Persönlichkeiten dargestellt, die ihr Leben dem Frieden und der Toleranz gewidmet haben. Diese Ausstellung ist die einzige dieser Art weltweit.

Das Friedensmuseum als Initiator hat sich zum Ziel gesetzt, mehr als 150 Friedenshelden bis Juni 2016 auszustellen.

Schon jetzt kann man sich über viele von ihnen in den Fenstern im Zentrum der österreichischen Hauptstadt informieren lassen. Die Vielfalt der Friedenshelden aus der ganzen Welt ist enorm. Neben Bertha von Suttner – Wiens ureigene Friedensheldin – sind da Mahatma Gandhi, der Dalai Lama, Albert Einstein und viele weitere Namen zu finden. Bertha von Suttner ist für das Museum eine besondere Persönlichkeit. Die langjährige österreichische Journalistin hatte durch ihre Freundschaft mit Alfred Nobel einen großen Einfluss auf die Entstehung des Nobelpreises. Sie ist auch die erste Frau, die den Friedensnobelpreis erhalten hat.

Dank der Erinnerung an die Taten der ausgewählten historischen und zeitgenössischen, bekannten und weniger bekannten Persönlichkeiten können sich andere inspirieren lassen und dadurch sich selbst für Frieden und Toleranz einsetzen und die Welt ein wenig verbessern – Tag für Tag – Fenster für Fenster. Die Philosophie des Friedensmuseums besagt, dass jeder Mensch ein Friedensheld werden kann. Alle können sich an der Friedensarbeit beteiligen, und das in jedem Lebensbereich. Wenn man versucht, Frieden herzustellen und sich für soziale Gerechtigkeit einzusetzen, ist man auch ein Friedensheld oder eine Friedensheldin.

Das Friedensmuseum Wien ist der Mitglied des Internationalen Netzwerkes von Museen für den Frieden (mehr in der nächsten FRIEDENSZEITUNG).

www.peacemuseumvienna.com



Jubiläums-Veranstaltungsreihe 2015

1. Bern

Die UNO – eine kritische Bilanz

Datum: Montag, 21. September 2015, 18:30 Uhr

Ort: Polit-Forum Käfigturm, Marktgas-
se 67, Bern, 2. Stock

Am 21. September 2015 wird der Weltfriedenstag gefeiert. Vor 70 Jahren wurden nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die Vereinten Nationen gegründet, um die Menschheit künftig von der Geissel des Krieges zu befreien. Wir stellen die Frage, ob die UNO dieser Aufgabe nähergekommen ist. Kritiker lassen kaum ein gutes Haar an der UNO. Die Befürworter einer kollektiven Sicherheit sind nicht so pessimistisch und bezeichnen die UNO als die grösste Friedensinitiative des 20. Jahrhunderts, ohne die es mehr ungelöste Konflikte und offene Kriege auf der Welt gäbe.

Der Schweizerische Friedensrat und das Kompetenzzentrum Friedensförderung KOFF greifen dieses Thema auf und werden gemeinsam mit Expertinnen und Experten eine kritische Bilanz der UNO ziehen.

2. Basel

Eine Bilanz der Schweizer UNO-Mitgliedschaft

Datum: Donnerstag, 22. Oktober 2015, 18:00 Uhr

Ort: Universität Basel

Der 24. Oktober ist der Tag der UNO. Die Schweiz ist erst seit 2002 offizielles Mitglied der Vereinten Nationen, obwohl zahlreiche UNO-Organisationen schon lange ihren Sitz in der Schweiz haben. Seit dem Beitritt engagiert sie sich in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Waffenkontrolle, Entwicklungshilfe, Menschenrechte, Umwelt und internationales Recht. Die Schweiz hat sich auch intensiv für institutionelle Reformen innerhalb der UNO eingesetzt. Jetzt strebt

der Bundesrat einen nichtständigen Sitz des Landes im UNO-Sicherheitsrat an.

Welche Vorteile und Nachteile und vor allem Herausforderungen kann diese Initiative bringen? Mit diesen und anderen Fragen befasst sich der zweite Abend unserer Veranstaltungsreihe.

3. Genf

Geschlechter-Gleichberechtigung betrifft alle

Datum: Mittwoch, 25. November 2015, 18:00 Uhr

Ort: Small Arms Survey, Genf

25. November – internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen: Geschlechtergleichberechtigung ist nicht nur ein Frauenthema. Mit der UNO-Resolution 1325 vom 31. Oktober 2000 wird die wichtige Rolle der Frauen bei der Verhütung und Beilegung von Konflikten, und bei der Friedenskonsolidierung anerkannt. Wie weit sind wir mit der Umsetzung dieser Resolution, wie weit mit den Empfehlungen zur Rolle der Frauen bei den Friedensprozessen und dem entsprechenden Aktionsplan gediehen?

Zusammen mit WILPF Schweiz und dem Geneva Peace Bureau werden wir diese und weitere Fragen an unserer dritten Gesprächsrunde zu klären versuchen.

4. Zürich

Flüchtlinge als Herausforderung für die nächsten Jahre

Datum: Mittwoch, 16. Dezember 2015, 18:00

Ort: Universität Zürich

«Migranten haben mehr als nur Angst und Ungewissheit. Sie haben auch Hoffnung, Mut und die Entschlossenheit, sich ein besseres Leben aufzubauen. Mit der richtigen Unterstützung können sie einen Beitrag zum gesellschaftlichen Fortschritt leisten.» sagte UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon in seiner Bot-

schaft am 18. Dezember 2012 zum Internationalen Tag der Migranten.

Die Aktualität des Themas ist 2015 offensichtlich: Flüchtlingsdramen im Mittelmeer, bürokratische Massnahmen der EU-Länder, oft geschlossene Türen und zunehmender Widerstand gegen die Asylgewährung. Welche Rolle spielt die Schweiz in diesem Umfeld? Haben die UNO-Mitgliedsstaaten den guten Willen und Kapazitäten, um die Situation der Migranten zu verbessern?

Auf diese Fragen werden wir bei der vierten Gesprächsrunde im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe zusammen mit Flüchtlings- und Solidaritätsorganisationen zu antworten versuchen.



Jubiläumsfeier im Appenzellerland am Samstag/Sonntag, 12./13. Dezember 2015 in Walzenhausen

Im «Sonneblick» in Walzenhausen AR findet die Abschlussveranstaltung zum SFR-Jubiläum statt. Zusammen mit dem Friedensweg Appenzellerland werden wir Personen nachgehen, die sich um die Friedensarbeit verdient gemacht haben. Bitte unbedingt vormerken!

Der definitive Flyer zu den Veranstaltungen und zur Jubiläumsfeier wird allen Mitgliedern des Friedensrates und AbonnentInnen der **FRIEDENSZEITUNG** zugesandt. Aktuelles ist auf www.friedensrat.ch zu erfahren. Auskünfte: info@friedensrat.ch

Kuba in Erwartung besserer Beziehungen

Der Friedenskalender 2016 beschäftigt sich in seiner 20. Ausgabe mit der karibischen Insel Kuba, die nach der in diesem Sommer von US-Präsident Obama eingeleiteten diplomatischen Normalisierung vor einer neuen Phase steht. Die FRIEDENSZEITUNG sprach in Ergänzung zum Friedenskalender mit Bernhard Furchner, dem Leiter des Chors der Nationen, der seit einiger Zeit interkulturelle Beziehungen zu Kuba pflegt, über seine Eindrücke von Land und Leuten.

Bernhard Furchner, Sie pflegen spezielle interkulturelle Beziehungen zu Kuba. Können Sie diese und sich unseren Leserinnen und Lesern vorstellen?

Bernhard Furchner: Ich bin in Wiesbaden geboren, aber seit 1963 in der Schweiz aufgewachsen, wo ich auch alle Ausbildungen machte, eine an der Hochschule für Musik in Bern sowie eine Primar- und Gymnasiallehrerausbildung. Als Dozent für Didaktik und Methodik der Musik an der Fachhochschule Nordwestschweiz FHNW hatte ich die Aufgabe, die Auslandpraktika der SchülerInnen zu erweitern, und schlug damals vor, neben Schweizer Schulen im Ausland auch ein Land zu wählen, das erziehungs- und bildungsmässig nicht unter einheimischem Patronat steht. Ich habe verschiedene Länder ausgesucht und kam auf Kuba – es war meine erste Begegnung mit dem Land überhaupt.

Das war 1999. Ich bin dann hingereist, obwohl ich kaum Spanischkenntnisse hatte, dafür klare Vorstellungen über die Beziehungen innerhalb der Gesellschaft, über Erziehung, Schule und Soziales. Ich beobachtete erst einfach, setzte mich in Parks auf die Bänke und schaute zu, wie

und wo und mit wem die Kinder spielen. Ich stellte fest, dass Kuba eine stark durchmischte Gesellschaft ist, also keine rassistische Trennung aufweist, dass von den Kindern alles Mögliche zum Spielen verwendet wird, dass die Phantasie, die Kreativität und das lustvolle Spielen einen ganz grossen Raum haben. Das hat mich bewogen, das schulische System zu hinterfragen. Ich bin in Primarschulen gegangen und sah, dass diese weniger aufs Spiel, sondern auf das trainierte, stark geführte Lernen ausgerichtet sind. Sie haben kaum grosse methodische und didaktische Möglichkeiten, um Lerngegenstände herzustellen.

Ein zweiter Aspekt war der Bereich der Musik, an der ich seit Kindesbeinen Freude habe; ich habe am Konservatorium Bern Geigenunterricht gegeben. Ich war überzeugt, dass wir nicht nur eine Geige am Kinn brauchen, sondern auch Rhythmusinstrumente einbeziehen sollten. Ich besuchte Rhythmuskurse, studierte Improvisation und Perkussion und plädierte für ein umfassenderes Lernen in Musik. So bat ich um zwei Congas als Perkussionsinstrumente, damit ich die Hände nicht nur links oben, sondern auch in der Körpermitte bewegen kann. Das wurde nicht so gut aufgenommen, worauf ich die Stelle gekündigt und weiter meinen Weg gesucht habe.

Wie Musik gelernt, gelehrt und angeeignet wird, ist in Kuba unwahrscheinlich interessant. In der Schweiz haben wir geschlossene Systeme, wir wissen nicht, wo Musik entsteht, für wen und wann, wir bekommen nicht mit, wann ein Kind lernt, sich zu bewegen, zu tanzen usw. In Kuba hat mich in den Bann gezogen, wie offen und transparent Musik zugänglich und erlebbar ist. Ich erstellte dann für die FHNW Zusammenarbeitsverträge mit kubanischen Partnern, so mit dem Instituto superior de Pedagogía Pinar del Rio. Ich übersetzte Lehrpläne, entwickelte taugliche Prüfungsszenarien für beide Hochschulen, führte Studienreisen nach Kuba durch, begleitete die Praktika der SchülerInnen und deren Auswertung.

Das hatte grossen Erfolg. Innerhalb von drei Jahren besuchten über 50 Studierende Kuba und unterrichteten in gewissen Fächern der Primarschulen. Das

Kennenlernen des schulischen Zusammenspiels zwischen Lehrern, Eltern und Schülern war für mich sehr aufschlussreich. Die Zuneigung, die man hat, die Wertschätzung, die man von den Kindern erfährt, die Zeit, die man für das Kind hat – es klingelt nicht immer irgendwo. Der Umgang mit der Zeit, auch die buchstäbliche Offenheit sind bemerkenswert: Die Fenster und Türen sind offen, d.h., man geht eigentlich durch einen Schulraum hindurch und nimmt an allem teil, was stattfindet, es ist ein gemeinsamer Lebensraum.

Die Erfahrungen und der Austausch mit der Bevölkerung haben mich bewogen, ein Unternehmen für nachhaltigen Tourismus aufzubauen, das nicht bestimmte Clichés des Reisens bedient, sondern die Verständigung und die gegenseitige Bereicherung auf gleicher Augenhöhe sucht (siehe Kasten Seite 24). Mein Wunsch ist es, in zwei Jahren Wohnsitz in Kuba nehmen zu können, ich bin da bereits im Tal der Stille am Bauen. Neben der Leitung von Chören bin ich auch im Glarner Bildungswesen tätig, ich möchte nach meiner Pensionierung diesen interkulturellen Austausch weiterführen.

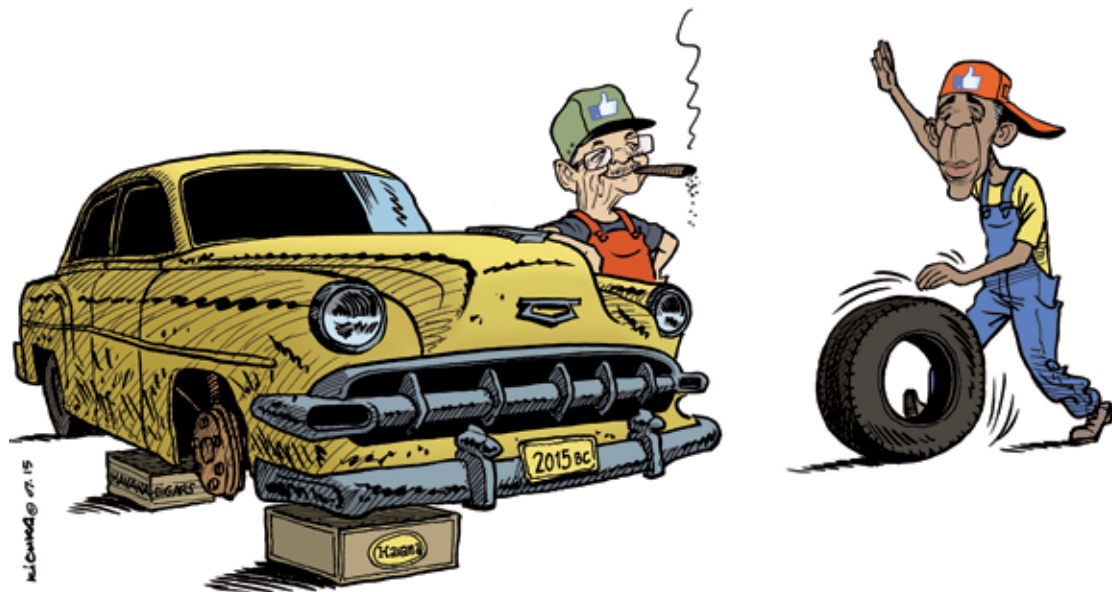
Der Chor der Nationen basiert auf meinen Beobachtungen und Lernprozessen, die ich im Zusammenhang mit meinem Musikschaffen auf Kuba gemacht habe. Was ich dort gelernt habe, passierte ausserhalb der Hochschule. Was ich im Lebensraum, in der Überlebensgestaltung der KubanerInnen, gerade mit Musik, erlebt habe, hat mir die Kompetenz gegeben, den Chor der Nationen hier zu leiten. Wir haben heute Leute aus 50 Nationen in unserem Chor, die gemeinsam singen. Wir luden umgekehrt auch kubanische Chöre in die Schweiz ein. 2013 etwa kutscherte ich eine Woche lang über 20 Leute herum. Ich habe ihnen an allen möglichen Orten Konzerte organisiert, für diejenigen Leute, die diese Konzerte besucht haben, war es ein unvergessliches Ereignis.

Francine Perret, Sie waren auf dieser Reise mit dabei, wie waren Ihre Eindrücke?

Francine Perret: Ich habe als Gast im Chor der Nationen mitgesungen. Es war



für mich sehr faszinierend, wie wir als kleine Gruppe und mit uns unbekanntem Kubanern, die auch gerne singen, zueinander gefunden haben. Wir sind ostwärts gegangen und haben einige Leute mitgenommen zur nächsten Station, wir haben in verschiedenen Städten und Kirchen gesungen. Es ist eine der Fähigkeiten Bernhard Furchners, Leute zusammenzubringen; dieser interkulturelle Austausch war beeindruckend, ein Paradebeispiel, wie er wirklich sein sollte.



Sind Sie durch ganz Kuba gereist, von Guantanamo bis Havanna? Sangen Sie eher in Städten oder auch in Dörfern auf dem Land?

Bernhard Furchner: Kuba ist immer noch ein Entwicklungsland und gibt sich grosse Mühe, auf ein internationales touristisches Niveau zu gelangen. Dabei ist eine grosse Diskrepanz zwischen dem ländlichen und dem städtischen Standard festzustellen, z.B. sind die Leute auf dem Land bereits beim Mittagessen für eine Gruppe überfordert, geschweige denn bei Unterkünften. Sich auf dem Land zu versorgen, wäre auch ein Missachten der Befindlichkeit der Bevölkerung, die Leute müssten dann ihr letztes Huhn schlachten, ihre Versorgungslage ist nach wie vor äusserst schwierig, sowohl bei Kleidern, bei täglichen Gebrauchsgütern wie beim Essen. Ein bis zwei Paar Unterhosen, ein langärmeliges Hemd, das ist bereits super. Ein Fahrrad bedeutet bereits Reichtum.

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba und die Aussicht auf eine Aufhebung der amerikanischen Wirtschaftsblockade waren ein bemerkenswerter Vorgang der keineswegs lahmen Ente Barack Obama in seiner zu Ende gehenden zweiten Amtszeit. Wie ist das in der kubanischen Bevölkerung aufgenommen worden, welche Hoffnungen verbinden sich damit?

Grundsätzlich ist die Stimmung sehr positiv für eine politische und wirtschaftliche Entwicklung. Ich habe den Eindruck, diese offiziell verkündeten Kontakte (es gab schon lange inoffizielle) und auch die wirtschaftlichen Erleichterungen

und das Ausbleiben politisch konfrontativer Sprache haben in der Bevölkerung eine positive, hoffnungsfrohe Stimmung geschaffen. Sicher etwa 70% der kubanischen Bevölkerung sind für eine solche Öffnung, und ebenso 60% der amerikanischen möchten eine Normalisierung der Beziehungen zu Kuba. Wie die beiden Staaten mit ihren unterschiedlichen Haltungen das dann bewerkstelligen und wer davon Nutzen haben wird, liegt aber für alle noch in den Sternen.

Grundsätzlich ist jedoch eine Morgendämmerung zu spüren, etwa das, was Ricardo Arjona in der Musik ausgedrückt hat, der in einem wunderschönen Lied beschreibt, wie sich eine Amerikanerin und ein Kubaner kennenlernen und verlieben und sich trotz ihren unterschiedlichen Sprachen und Systemen auf einer normalen menschlichen Ebene ein Gleichgewicht finden. Das Lied endet damit, dass der Musiker gerne eine Brücke zwischen Kuba und den USA bauen möchte. Endlich ist heute diese Brücke möglich geworden. Diese Poesie und der Humor, die Ricardo Arjona vorausnimmt, hatten immer eine grosse Bedeutung, um den prekären kubanischen Alltag zu bewältigen. Diese Poesie ist jetzt Realität und diese Entwicklung nicht mehr umkehrbar geworden.

Auf Ihrer Website ist mir ein etwas gewagter Satz aufgefallen: «Noch heute ist die Handelsblockade der USA ein Element, das die Einzigartigkeit der Insel erhält und schützt.» Aus dieser Sicht wäre die Blockade für Kuba ja etwas Positives gewesen.

Ja, das muss ich einfach sagen, durch die wirtschaftliche Blockade ist Kuba eine

gewisse zerstörerische Entwicklung wie überall sonst erspart geblieben. Wenn bei uns Äpfel vom Baum fallen, dann sagen wir, wir nutzen diese Äpfel zu wenig; wir müssen alles bis zum letzten Winkel verwerten und ausnutzen. Dieser reine und hochkomprimierte Materialisierungswahnsinn, der hat in Kuba nicht Fuss gefasst. Durch die US-Blockade waren den Kubanern die Hände gebunden, alles zu tun und auszubeuten und zu industrialisieren; sie hatten keine Investitionsgelder dafür.

Dadurch wurden Landschaften mit aussergewöhnlicher Biodiversität erhalten, das Land ist, wenn auch nicht ganz freiwillig, ein geschütztes Biotop geblieben. So ist bisher die ganze kubanische Küste erhalten geblieben. Wenn wir dies mit den anderen Küsten Lateinamerikas vergleichen mit ihren Hotelpalästen und Yachthäfen, stellen wir fest: In Kuba sieht man kaum ein Schiff, das Land ist jetzt über 50 Jahre lang konserviert worden, wir finden dort deshalb traumhafte Tauchstrände. Dies kann alles durch eine Aufhebung der Wirtschaftsblockade in Gefahr geraten.

Ein einfaches Beispiel: In der Unesco-Kulturlandschaft Valle de Viñales ist über 80 Jahre lang in der gleichen Weise Land angebaut worden. Es gibt dort ein Tal der Stille, da rattert kein Traktor, es fährt kein Auto. Jetzt, wo die Regierung das Betreiben privater Restaurants erlaubt, wird dort eines aufgemacht. Was passiert? Die Autos und Busse fahren da hinunter, und die Stille ist weg. Wer regelt das jetzt in Zukunft? Mit welchem Gesetz, mit welchen Einschränkungen? Das sind alles Prozesse, die die Regierung

Fortsetzung Seite 24

und die Bevölkerung jetzt lernen müssen. Vorher sind die Leute zu Fuss gelaufen, haben eine Wanderung gemacht, sind mit dem Pferd geritten oder haben einen Ochsenkarren benützt. Sie sind jetzt still, merken, dass irgendetwas in Gefahr ist. Ich sprach mit lokalen Politikern: Wisst ihr, was ihr habt, wisst ihr, wo ihr steht, wenn da Busse hinunterfahren, wisst ihr, was ihr verliert, wenn keine Stille mehr ist? Die kriegt ihr nicht mehr zurück.

Sie haben gesagt, dass Kuba immer noch ein Entwicklungsland ist, das heisst, dass die Versorgung der Bevölkerung nicht gesichert oder schwierig ist. Vor einigen Jahren herrschte in gewissen Gebieten verbreitet Hunger. Das kann nicht nur durch die Handelsblockade erklärt werden, 50 Jahre Revolution hätten eigentlich etwas anderes erwarten lassen. Das muss doch auch am Wirtschaftssystem gelegen haben, das einseitig auf die Monokultur der Zuckerrohrproduktion mit ihrer Tonnenideologie ausgerichtet war.

Es gibt auch heute noch Hunger in Kuba: Entweder habe ich kein Geld, um Nahrungsmittel zu kaufen, oder es gibt zu wenig davon im Angebot. Kubaner sind seit Jahrhunderten ans Verlieren gewöhnt, ich kenne kaum Menschen, die in einer Situation, die ausweglos ist, so mit Humor reagieren. Sie sagen etwa, die Revolution hat uns alles gebracht, das Einzige, was fehlt, ist das Frühstück. Kubaner frühstücken nicht, im besten Fall einen Schluck Milch, etwas Kaffee. Das war's dann. Es gibt zwar diese Grundnahrungsmittelkarten, aber das Angebot ist eingeschränkt und es fehlt immer wieder etwas. Diese Mangelerscheinun-

gen findet man in allen Bereichen, sei es bei der Kleidung, bei Ventilatoren oder sonstwo.

Nach der Revolution in den sechziger Jahren gab es eine Zuwendung zur Sowjetunion und die lieferte damals alles – die alten Erntearbeiter schwärmen noch davon. Schinken, Tomaten, Heringe, Lachs, alles Mögliche wurde von den Russen gegen Zuckerrohr und Rum importiert. Durch diese wirtschaftliche Abhängigkeit hat einerseits die Zuckerrohrproduktion geboomt, sie war das Rückgrat der kubanischen Wirtschaft. Aber eine eigene Produktion von Gütern kam dadurch in Kuba nicht auf. Dann fiel mit der Sowjetunion auch der Zuckerrohrpreis zusammen. Beides war wirksam in den 1990er-Jahren, die eine sehr harte Zeit war, die sogenannte Periode especiales genannt.

Die Lockerungen in der Wirtschaftspolitik unter Raoul Castro haben die Situation etwas entspannt, es ist besser geworden. Ein Beispiel der Entwicklung: Für die Qualität der Unterbringung von reisenden Gästen im privaten Bereich hat Kuba das Angebot der Casa Particulares geschaffen, das mit Lizenzen ermöglicht, einen Standard der Sicherheit, der Hygiene und der privaten Sphäre dem Reisenden zu sichern.

In der kubanischen Propaganda spielt das Gesundheitssystem eine grosse Rolle. Ist das gerechtfertigt?



Grundsätzlich ist jede ärztliche Behandlung und jedes Medikament gratis. Es gibt im ganzen Land verteilt medizinische Stationen, auch für die ärmsten Leute in entlegensten Gegenden gibt es immer einen Arzt und eine Krankenschwester, die vor Ort sind und den Stand der örtlichen Gesundheit registrieren und aufnehmen. Sie entwickeln auch zusammen den Grundbedarf, damit sie die entsprechenden medizinischen Mittel zur Verfügung stellen können. Das System ist fantastisch aufgebaut und wirklich nicht auf einen Besitzstand des Arztes ausgerichtet oder nur in den Städten verfügbar oder nur für Reiche. Es gibt einfach das Problem, wie komme ich zum Arzt? Habe ich ein Transportmittel, ist ein Auto da? Ich kann mich mit einem gebrochenen Bein nicht auf ein Pferd setzen. Wie komme ich also zum Spital, wenn ich Zahnschmerzen habe oder mir einen Fuss gebrochen habe?

Da muss man sich gegenseitig helfen, der Nachbar hat ein Pferd, einen Ochsenkarren, ein altes Auto, alle helfen sich durch gegenseitiges Ausleihen. Kannst du mir helfen, borgst du mir das, hast du eine Pille, kannst du mir das besorgen, bringst du mich dahin? Kuba ist bezüglich Transportmitteln technisch einfach stehengeblieben, sie haben kein Geld dafür, es gibt innere Blockaden, Einstellungen und Ansichten, die die Entwicklung blockierten und heute gefährden könnten. Darum ist es so wichtig, dass ein interkulturelles Reisen so stattfindet, dass auf gleicher Augenhöhe eine gemeinsame Kultur des Dialogs entsteht.

Kuba ist ja ein atheistischer Staat. Inwieweit spielen die Religionen – Katholizismus und Santeria – heute noch eine Rolle, sind sie bedeutsam für die Rassenbeziehungen?

Nachhaltig reisen

Bernhard Furchner, unser Interviewpartner, organisiert mit der **Sociami International GmbH** Reisen nach Kuba, die auf Nachhaltigkeit und gegenseitige Bereicherung ausgerichtet sind.

www.sociami-international.com

Bernhard Furchner ist auch Leiter des **Chors der Nationen**, der sich wie folgt definiert: «Das ‹Heer› der ansässigen Bürgerinnen und Bürger in Europa stellt ihre Errungenschaften der Musik zur Verfügung: die Komposition, die Notation, das klassische Orchester und das

Chor der Nationen

Konzert. Das ‹Heer› der zugewanderten Mitmenschen trägt das Ihre in die bestehende Kultur mit ein: ihre Sprachen, ihre Erzählungen und Erzählweisen, ihre Lieder, ihre Instrumente und ihre Stimmen. Es entsteht der Chor der Nationen mit Soli, Chören, Orchester, Perkussion und Tanz. Und mit gemeinsam geschaffener Musik: Musik für den Frieden.» CDs und DVDs von Konzerten können direkt bei Furchner bezogen werden (siehe Seite 25 unten).

www.chordernationen.ch

Unter Santeria fasst man eigentlich verschiedene religiöse Vorstellungen zusammen, die auf den Kulturen der involvierten westafrikanischen Kulturen basieren. Es gibt die Möglichkeit, religiöse Riten auszuleben. Im kommunistischen System war die katholische Kirche nicht willkommen, das hat sich geändert, sie ist jetzt anerkannt. Der Zusammenbruch der Kirchen konnte gestoppt werden, jetzt werden Kirchen auch wieder restauriert und das kirchliche Leben verfügt sogar über sein eigenes Recht wie etwa ein Versammlungs- und Vereinsrecht, was es sonst in Kuba nicht gibt. Darum konnte auch mein Chor in Kirchen auftreten, ich hatte ja sonst keine Räume zur Verfügung.

Kuba wird nach wie vor von einer Staats- und Parteidiktatur beherrscht. Hatten Sie Kontakte zur demokratischen Opposition im Lande?

Ich hatte kaum Begegnungen mit organisierten Oppositionellen, nur am Rande und indirekt. Dazu gehören sicher nicht jene Menschen, die eine Waffe tragen dürfen, das sind Beamte oder Geheimdienstleute des Regimes. Wenn ich mit diesen sprach, stellte ich fest, dass sie sich oftmals kritisch zum Regime äusserten. Eine kluge Form der Kritik, wie sie z.B. von kubanischen Komikern und im Film pointiert angewendet wird, ist im Alltag gern gesehen. Ein Beispiel ist mir geblieben, über das in meiner kubanischen Familie gesprochen wurde: So hat etwa eine Studentengruppe an der Universität Havanna eine hervorragende Kritik öffentlich geäussert, inklusive im Radio und Fernsehen; alle waren berührt, was ihr Vertreter auf den Punkt gebracht hat. Doch ob ihm dann Raoul Castro bzw. das Parteibüro antworteten, weiss man nicht, man hört einfach nichts mehr von der Sache.

Die kubanische Armee hat eine interventionistische Tradition in Afrika, vor allem in Angola, gehabt. Gibt es im Land so etwas wie eine kritische Betrachtung dieser militärischen Auslandseinsätze?

Das gibt's schon. Aber nicht in der Öffentlichkeit, sondern unter den Beteiligten. In meiner Familie sind vier Menschen in Angola gewesen und kamen mit Verletzungen zurück, und was sie alles dort erlebt haben und wie alles gelaufen ist, das ist ein starker Bestandteil ihrer Lebenserfahrungen. Wo sie sich

auch fragen, was das gebracht hat. Aber es gibt keinen freien Markt des Informationsaustausches. Diskussionsthemen werden durch die Regierung, durch die Ministerien, durch den Staat gesetzt. Es gibt viele Themen, über die einfach nicht informiert wird.

Der Geschichtslehrplan betont die Leistungen der kubanischen Revolution und stellt sie in einen historischen Zusammenhang der Geschichte Kubas von Beginn der ersten indigenen Bevölkerung an. Kuba ist sehr geschichtsbewusst, jeden Tag werden im Fernsehen Erinnerungen an geschichtliche Ereignisse gebracht und ein allgemeines Bewusstsein für Geschichte und Identität geschaffen. In der Schule sind Geschichtsbücher jedoch zu kostspielig. Man verwendet Videos und DVDs und vor allem auch das Fernsehen, es gibt einen Canal Educación. Zudem gibt es die Unión Nacional de Escritores y Artistas de Cuba UNEAC, die Gesellschaft der kubanischen Künstler, die in jeder Provinzhauptstadt vertreten ist. Die Unión hat dort zwar Bibliotheken, aber eine eigentliche Lesekultur gibt es in Kuba in dem Sinne nicht.

Das Interview mit Bernhard Furchner führte Peter Weishaupt am Redaktionssitz der **FRIEDENSZEITUNG** in Zürich. Ebenfalls beim Gespräch anwesend war Francine Perret, die vom 28. Juni bis 12. Juli an einer von Furchner geleiteten Chorreise nach Kuba dabei war und viele Fotos für den nächstjährigen Friedenskalender 2016 mitgebracht hat.

Violinen für Kuba

Violinen für Kuba ist ein Förderprojekt, das die staatlichen Musikschulen in Kuba sowie Orchester und Kulturprojekte in Dörfern materiell und kulturell unterstützt. Eine der Leistungen der kubanischen Revolution ist der freie und kostenlose Zugang zu Musik und Kunst. Unser Spendenprogramm **Violinen für Kuba** unterstützt diese Angebote der Musikschulen, vertreten durch die CNEART in Havanna, mit Instrumenten, Materialspenden auch für kleine Gemeinden des Südens, Veranstaltungen, Förderung musikalischer Ausdrucksformen und Begleitung junger KubanerInnen auf ihrem Weg, mit pädagogischer Literatur und mit Kulturreisen für Mu-



Friedenskalender 2016 zu Kuba

Der bereits 20. Postkarten-Kalender des Schweizerischen Friedensrates erscheint Mitte Oktober und hat für 2016 das Thema Kuba. Zwölf farbige, abtrennbare Postkarten enthalten Sujets von Reisen aus dem karibischen Land. Darüber hinaus enthält der Kalender die internationalen Tage der UNO im Jahr der Hülsenfrüchte sowie die wichtigsten Friedenstermine des nächsten Jahrs. Er wird allen Mitgliedern sowie den Abonentinnen und Abonnenten der **FRIEDENSZEITUNG** zugestellt.

sikerInnen, Lehrpersonen, KünstlerInnen, Geigenbauern und ChorsängerInnen nach Kuba.

www.violinen-fuer-kuba.ch bietet detaillierte Informationen, Kontakte, Sammelstellen und besonders hilfreich auch: direkte Geldspenden, die zu 100% an die Projektkosten gehen. Willkommen sind auch Angebote für Einsätze in Musikschulen, für Anfragen von Chorreisen und Engagements von Musikern, Handwerkern, Lehrpersonen. Beispiel ist das Angebot der Chorreise nach Kuba vom 7. bis 24. April 2016, mit fünf Konzerten und 18 Tagen durch ganz Kuba.

Bernhard Furchner, Institut für Kultur und Musik, Hauptbahnhofstr. 12, 4500 Solothurn, www.ifkm.ch Tel. 078 744 63 36, bernhard.furchner@ifkm.ch

Buchrezension

Jacques Rivière's Essay «Der Deutsche»

Der 1886 in Bordeaux geborene französische Literaturkritiker und Denker Jacques Rivière war 28 Jahre alt, verheiratet und Vater einer kleinen Tochter, als er drei Tage nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges eingezogen und drei Wochen später von den Deutschen gefangenengenommen wurde. Drei Jahre verbrachte er in Kriegsgefangenschaft, zuerst im sächsischen Königsbrück (etwa 50 Kilometer östlich von Meissen), 1915 liess er sich freiwillig nach Hülseberg verlegen, ein sogenanntes «Vergeltungslager» nördlich von Bremen – er hoffte, dass er von dort in die Niederlande fliehen könnte, die 150 Kilometer entfernt lagen.

Zeit, den Feind zu beobachten

Tatsächlich unternahm er dann einen Fluchtversuch, der jedoch misslang und ihm eine mehrwöchige Kerkerhaft und die Rückversetzung nach Königsbrück einbrachte. Im Juni 1917 wurde Rivière wegen seines schlechten Gesundheitszustands nach Engelberg verlegt, er blieb zwar Kriegsgefangener, durfte sich aber frei bewegen und konnte Besuche empfangen. Dort traf sich die Familie erstmals nach drei Jahren wieder. Ab September 1917 hielt sich Rivière in Genf auf, im Juli 1918 kehrte er endlich in seine Heimat zurück.

«Ich habe fast drei Jahre in Deutschland verbracht. Erst im Juni 1917 wurde

ich in der Schweiz interniert. Während dieses langen erzwungenen Aufenthalts beim Feind hatte ich Zeit, ihn zu beobachten und in meinem Geist die Hauptzüge seines Charakters zusammenzutragen. Um die Wahrheit zu sagen, ist mir der Grossteil der Gedanken, die man im folgenden dargestellt finden wird, schon nach wenigen Monaten Kontakt mit ihm gekommen. Ich hatte sie sogar wenigstens in ihren Grundzügen schon von Beginn des zweiten Jahres meiner Gefangenschaft an festgehalten. Zu diesem Zeitpunkt hatte ich die feste Absicht, sie an die Öffentlichkeit zu bringen, sobald für mich die Stunde der Befreiung geschlagen haben würde. Nichts schien mir natürlicher. Warum sollte ich das Bild, das ich mir von den Deutschen gemacht hatte, eingeschlossen in einer Schublade für mich behalten? Täglich hatte ich ihre Schikanen zu ertragen: Da erschien es mir im Gegenzug nur rechtens, damit vor den Augen der gesamten Welt herumzuwedeln.» (Vorrede zur ersten Auflage 1918)

Der proflillose, willige Deutsche

Entstanden ist der 200-seitige Essay «Der Deutsche. Erinnerungen und Betrachtungen eines Kriegsgefangenen», der auf Französisch bereits 1918 erschien und in deutscher Übersetzung erstmals 2014 veröffentlicht wurde in der Übersetzung von Daniele Raffaele Gambone, dessen ausführliches Nachwort Leben und Werk Rivière's skizziert. Die Kapiteltitel fassen schön zusammen, was Jacques Rivière am 'Deutschen' kritisiert. Mit «Profillosigkeit» meint er, dass der Deutsche nicht eigentlich fatalistisch denkt oder aber resigniert, vielmehr – so Rivière: «Die Wahrheit ist, dass er ursprünglich weder Wünsche noch Träume, weder Liebe noch Hass, weder Lust noch Ekel noch sonst irgendeine Art von Leidenschaft besitzt.»

Dieser Mangel hat u.a. zur Folge, dass der Deutsche seine Pflicht verfolgt, weil er gehorsam ist, dass er eher einer Marionette gleicht als einem Menschen, Pflichterfüllung ist für ihn oberstes Gebot. Mit «Die Moral des Möglichen» umschreibt Rivière die Tatsache, dass gemacht werde, was möglich sei, unabhängig von dem, was es ist oder welche Auswirkungen eine Handlung hat. Damit ist nicht Verantwortungslosigkeit gemeint, vielmehr liegt die Verantwortung anderswo.

Im Kapitel «Die Wahrheit ist alles, was geglaubt werden kann» führt Ri-



vière aus, wie Nachrichten im Krieg so umgebogen wurden, dass sie erträglich waren, dass sie – auch wenn sie von eigentlichen Niederlagen berichteten – als Siege zur Kenntnis genommen und eben 'geglaubt' wurden. Als die Antriebskraft des Deutschen sieht der Franzose den Willen, wie er im Kapitel «Wille und Willenswunder» ausführt. «Der Wille besitzt beim Deutschen eine Kraft und ein Ausmass, die weit über das Gewöhnliche hinausgehen. Er reicht überallhin, er findet überall Anwendung, er vollbringt alles. Er ist unermüdlich und makellos, er ist praktisch unendlich.»

Von der Pflicht getrieben

Rivière war ein gescheiter Kopf und sich also bewusst, dass er seine Ausführungen nicht nur auf die eigenen Beobachtungen während seiner Gefangenschaft stützen durfte. So wendet er sich im zweiten Teil seines Essays einem Aufsatz des deutschen Neukantianers Paul Natorp zu, konkret analysiert er dessen Aufsatz «Volkstum – Deutschtum» (erschienen in der Zeitschrift 'Deutscher Wille des Kunstwarts', zweites Novemberheft 1915), um seine Ausführungen durch Aussagen Natorps abzustützen.

Denn Rivière wünschte sich, dass die Deutschen selber dank seines Essays ihr Wesen erkennen würden. In dieser Auseinandersetzung mit Natorp zeigt Rivière auf, wie sehr der Deutsche von der Pflicht getrieben wird und dabei den Verstand elendiglich vernachlässigt.

CIVIVA

zivildienstverband | fédération service civil | federazione servizio civile

Beratungsabende in Zürich

Der Schweizerische Zivildienstverband CIVIVA führt regelmässig Beratungsabende für Dienstpflichtige zu den Themen Wehrpflicht, Zivildienst, Militär und Tauglichkeit durch. Die Anlässe sind offen für alle, beginnen jeweils am Mittwoch Abend um 19 Uhr. Mitzunehmen sind relevante Unterlagen (Marschbefehl, Verfügungen, etc.) und 20 Franken Unkostenbeitrag.

Details und Daten sind zu finden unter www.civiva.ch/beratung

«Statt Ideen kennt das deutsche Denken nur noch Arbeiten, nur noch Aufgaben.» Und diese Aufgaben erfüllt der Deutsche pflichtbewusst und ohne über die Folgen oder über Sinn und Unsinn nachzudenken.

Keine antideutsche Linie

Man muss nicht mit allen Überlegungen und Schlussfolgerungen von Rivière übereinstimmen, um diesen Essay mit Gewinn zu lesen. Die Lektüre hundert Jahre später lässt immer wieder leer schlucken: Rivière hat in Natorps Aufsatz etwas von dieser Volkstumsbeschwörung erahnt, die nur wenige Jahre später in Deutschland eine grosse Bewegung prägen sollte. Seine Analysen der Bedeutung von Wörtern wie «anständig», von Zeilen «Der deutsche Jüngling, fromm und stark, / Beschirmt die heilige Landesmark» sind wichtige Beiträge zum Verständnis der verheerenden Entwicklungen im Europa des 20. Jahrhunderts.

«... ein wohlüberlegtes, sachliches, wahrheitsgetreues Werk»

Jacques Rivière blieb nach seiner Rückkehr nach Paris nicht mehr viel Zeit. Er war erfolgreicher Chefredaktor bei der 'Nouvelle Revue Française', der von André Gide und Freunden 1909 gegründeten Zeitschrift, für die er bereits vor dem Krieg gearbeitet hatte, und brachte sie zum Erfolg. Er wandte sich vehement gegen die antideutsche Linie von Ministerpräsident Poincaré und warb stattdessen «für die friedensstiftende Wirkung politischer Annäherung und wirtschaftlicher Verständigung innerhalb eines zu einenden Europas mit Frankreich und Deutschland im Zentrum».

Gesundheitlich erholte sich Rivière aber nie mehr und starb im Februar 1925 an Typhus. Auch hundert Jahre später überzeugt der Franzose mit seinem Weitblick und der Warnung vor einer neuerlichen Katastrophe. Und so erappt man sich bei der Lektüre von «Der Deutsche» auch immer wieder dabei, dass man vielmehr an die Deutschen von 1939 denn an jene von 1914 denkt.

Liliane Studer

Jacques Rivière: **Der Deutsche**. Erinnerungen und Betrachtungen eines Kriegsgefangenen. Aus dem Französischen und mit einem Nachwort von Daniele Raffaele Gambone. Lilienfeld Verlag, Düsseldorf 2014. 208 Seiten. CHF 28.50.

Sympthiemagazin

Kuba verstehen

Kuba fasziniert und polarisiert, auf der einen Seite als Urlaubsparadies, zur Zeit vor allem für Kanadier und Europäer, auf der anderen Seite als eine der letzten sozialistischen Bastionen der Erde, was für die Jüngeren vielleicht noch faszinierend oder befremdend wirkt, jedoch ohne den geschichtlichen Hintergrund nicht verstanden werden kann. Kuba als die karibische Insel, die als Spielball der Grossmächte durch eine Revolution vor 56 Jahren auf die Weltbühne gehievt worden war.

Während der letzten zwanzig Jahre war Kuba gezeichnet vom Zusammenbruch des Ostblocks und damit vom Verlust wichtiger Exportmärkte – mit dem Untergang der Sowjetunion entfielen dem Land Subventionen von ca. 300 Mio. Dollar im Jahr. Heute steht das Land vor ganz neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Die historische Annäherung zwischen den Erzfeinden USA und Kuba – am 14. August 2015 haben die USA in Havanna wieder eine Botschaft eröffnet – wird zeigen, wie sich die kubanische Gesellschaft weiter entwickeln wird.

Permanenter Wandel

Das Sympthiemagazin «Kuba verstehen» erlaubt einen Blick hinter die Kulissen des Urlaubslands, auf die kubanischen Kunst des Überlebens – das Leben ist für die meisten KubanerInnen hart und entbehrungsreich – es zeigt, wie das kostenlose Gesundheitssystem funktioniert, erklärt den Stellenwert der katholischen Heiligen und der Santeria, der afroamerikanischen Hauptreligion in Kuba, des Karnevals, der Förderung des Sportes, der Kulturrevolution und gibt auch Informationen zu Migration, Exil und zum Bildungssystem auf Kuba.

Den kubanischen und deutschen Autoren gelingt es, das karibische Lebensgefühl in Havanna zu beschreiben, der Stadt, die unter einem permanenten Wandel von Glanz oder Verfall steht, und die dank der Unesco und ausländischer Investoren restauriert wird. Auch das Leben von Sergio Alba wird beschrieben, der ein Restaurant betreibt und Sandwiches verkauft und dies nicht bereut, trotz bürokratischer Hürden und horrender Steuern. Besonders interessant ist das der Geschichte Kubas gewidmete Kapitel. Es setzt 1492



ein, als Christoph Kolumbus die Insel entdeckte, führt durchs 18. bis ins 19. Jahrhundert, als 1,3 Millionen Schwarze aus dem Kongo, Angola und Westafrika nach Kuba verschleppt wurden, und bis zur Abschaffung der Sklaverei 1886.

Die Castros und ihre Kritiker

Natürlich wird auch auf die Geschichte der Revolution und die Stationen der Castro-Brüder eingegangen – erste politische Betätigungen von Fidel Castro, der Angriff auf die Moncada-Kaserne, Castros Rolle beim Aufbau des neuen Kubas, sein Rückzug aus der aktiven Politik und die Übergabe seiner Ämter an seinen Bruder Raoul Castro werden beschrieben. Nachdenkliche Einblicke vermittelt auch der Artikel zum Leben von Dissidenten unter dem Titel «Preis fürs Andersdenken». Die am Schluss angeführten «Wer..., Wie..., Wo...-Zahlen und Fakten sowie Angaben zu Reiseführer, Belletristik, Geschichten und Essays ergänzen das informative Heft zu Kuba.

Kuba ist widersprüchlich und faszinierend – sofern man sich auf Begegnungen mit den kontaktfreudigen KubanerInnen einlässt, denn diese haben es dank ihrer Anpassungs- und Widerstandsfähigkeit und vor allem dank ihres Improvisationstalents geschafft, ihr Schicksal zu meistern.

Francine Perret

Mehr wissen. Mehr Durchblick: Sympthiemagazin **Kuba verstehen**, überarbeitete Auflage 2013, 4.90 Euro. Hrsg. vom Studienkreis für Tourismus und Entwicklung, D-Seefeld-Hechendorf, www.studienkreis.org, bestellung@studienkreis.org



Friedenskalender 2016 zu Kuba

FRIEDENSZEITUNG

Die Friedenspolitische Zeitschrift des Schweizerischen Friedensrates



Die einzige friedenspolitische Zeitschrift der Schweiz, die **FRIEDENSZEITUNG:**

Aktuell, hintergründig, informativ, über schweizerische und internationale Friedensthemen und -arbeit viermal jährlich vierfarbig

- Jetzt abonnieren: 50 Franken im Jahr
- Jetzt schnuppern: 3 Ausgaben gratis



Name, Vorname _____

Adresse _____

PLZ/Ort _____ Datum _____

Bitte einsenden an **FRIEDENSZEITUNG**, Gartenhofstr. 7, 8004 Zürich oder per Mail anfordern: info@friedensrat.ch